

140

Wirtschaftsprognose
Economic Forecast

Dezember 2025

Allmähliche Erholung
der Investitionstätigkeit
Winter-Prognose der
österreichischen Wirtschaft 2025–2027

Sperrfrist: Donnerstag, 18. Dezember 2025, 10:00 Uhr



INSTITUT FÜR
HÖHERE STUDIEN
WIEN

140

Wirtschaftsprognose
Economic Forecast

Dezember 2025

Allmähliche Erholung
der Investitionstätigkeit
Winter-Prognose der
österreichischen Wirtschaft 2025–2027

Holger Bonin

Martin Ertl

Ines Fortin

Daniela Grozea-Helmenstein

Jaroslava Hlouskova

Helmut Hofer

Sebastian P. Koch

Robert M. Kunst

Michael Reiter

Felix Schröter

Klaus Weyerstraß



INSTITUT FÜR
HÖHERE STUDIEN
WIEN



INSTITUT FÜR
HÖHERE STUDIEN
WIEN

Autor:innen

Holger Bonin, Martin Ertl, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova,
Helmut Hofer, Sebastian P. Koch, Robert M. Kunst, Michael Reiter, Felix Schröter,
Klaus Weyerstraß

Titel

Allmähliche Erholung der Investitionstätigkeit
Winter-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2025–2027
Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 140

Kontakt**Holger Bonin**

Wissenschaftlicher Direktor

T +43 1 59991-125

E holger.bonin@ihs.ac.at

Helmut Hofer

Prognoseverantwortlicher

T +43 1 59991-251

E hofer@ihs.ac.at

Klaus Weyerstraß

Internationale Konjunktur und Außenwirtschaft

T +43 1 59991-233

E klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

Melanie Gadringer

Pressesprecherin

T +43 1 59991-212

E gadringer@ihs.ac.at

Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

T +43 1 59991-0

www.ihs.ac.at

ZVR: 066207973

Alle Inhalte sind ohne Gewähr. Jegliche Haftung der Mitwirkenden oder des IHS aus dem Inhalt dieses Werks ist ausgeschlossen.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung und Zusammenfassung	6
2	Die internationale Konjunktur	14
2.1	Überblick.....	14
2.2	Länder und Regionen	17
3	Perspektiven der österreichischen Wirtschaft	31
3.1	Außenwirtschaft	31
3.2	Privater Konsum	35
3.3	Investitionen	37
3.4	Öffentliche Haushalte	40
3.5	Löhne und Inflation.....	42
3.6	Arbeitsmarkt	44
3.7	Monetäre Entwicklungen	46
4	Tabellenanhang.....	49

Allmähliche Erholung der Investitionstätigkeit

In diesem Jahr ist die österreichische Volkswirtschaft nach einer längeren Rezession auf einen moderaten Wachstumspfad zurückgekehrt. Laut Prognose des IHS ist das Bruttoinlandsprodukt im ablaufenden Jahr um 0,5 % gestiegen. In den kommenden beiden Jahren dürfte das Wirtschaftswachstum 1,0 % und 1,1 % betragen. Aufgrund eines Verlusts an internationaler Wettbewerbsfähigkeit und der protektionistischen Tendenzen im Welthandel dürfte das Tempo der wirtschaftlichen Erholung hinter früheren Aufschwungphasen zurückbleiben. Die Inflation sollte, ausgehend von 3,6 % im Jahresdurchschnitt 2025, auf 2,5 % im Jahr 2026 bzw. 1,9 % im Jahr 2027 zurückgehen. Mit der wirtschaftlichen Erholung verbessert sich die Lage am Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote dürfte von 7,4 % im ablaufenden Jahr auf 7,1 % im übernächsten Jahr fallen. Das IHS prognostiziert – nach 4,4 % im ablaufenden Jahr – für 2026 ein Budgetdefizit von 4,2 % des Bruttoinlandsprodukts und für 2027 von 4,0 %.

1 Einleitung und Zusammenfassung

Im vierten Quartal 2024 hat die österreichische Volkswirtschaft eine lange Rezessionsphase beendet. Nach einer verhaltenen Expansion in der ersten Jahreshälfte 2025 legte das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal um 0,4 % gegenüber dem Vorquartal bzw. um 0,9 % gegenüber dem Vorjahrsquartal zu. Getragen wurde die Entwicklung vom privaten und vom öffentlichen Konsum sowie von einer Erholung der Ausrustungsinvestitionen. Hingegen blieben die Exporte und die Bauinvestitionen rückläufig. Die Frühindikatoren deuten auf eine Fortsetzung der positiven Entwicklung hin, allerdings mit verhaltenem Tempo. Weiterhin drücken ein Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie und die verhaltene internationale Konjunktur auf die heimische Wirtschaft. Vor diesem Hintergrund erwartet das IHS für die Jahre 2026 und 2027 nur eine moderate Expansion der inländischen Wirtschaftsleistung. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte – nach 0,5 % im ablaufenden Jahr – im kommenden Jahr um 1,0 % und im Folgejahr um 1,1 % zulegen.

Die Weltwirtschaft expandierte in der ersten Jahreshälfte 2025 deutlich, wenn auch etwas schwächer als in der zweiten Jahreshälfte 2024. Im dritten Quartal dürfte das Expansionstempo beibehalten worden sein. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften blieb das Wachstum wohl kräftig, während es sich in den Schwellenländern leicht abschwächte. Im vierten Quartal dürfte die Weltwirtschaft mit moderatem Tempo gewachsen sein. Im Gesamtjahr 2025 ist der Anstieg der globalen Wirtschaftsleistung somit trotz gestiegener Zölle und handelspolitischer Unsicherheit robust geblieben.

Der Welthandel hat sogar kräftig expandiert. Die Verbesserung der Finanzierungsbedingungen, steigende Realeinkommen und insbesondere kräftige Investitionen in die KI-Technologie in den USA haben die Weltwirtschaft gestützt. Allerdings wurde das hohe Wachstum des Welthandels auch durch Vorzieheffekte zur Jahreswende 2024/2025 im Zusammenhang mit der US-Zollpolitik beeinflusst. Die volle Wirkung der höheren Handelsschranken dürfte sich erst in den kommenden Jahren im Welthandel bemerkbar machen.

Die Entwicklung der internationalen Konjunktur in den Jahren 2026 und 2027 schätzt das IHS wie folgt ein. Die US-Wirtschaft sollte in beiden Jahren jeweils um 1,8 % zulegen – nach 1,9 % im ablaufenden Jahr. Für den Euroraum erwartet das Institut Wachstumsraten von 1,1 % und 1,4 %. Hierbei dürfte sich das Wachstum in Deutschland aufgrund des Fiskalpakets auf 1,0 % bzw. 1,4 % beschleunigen. Die Wirtschaftsleistung Chinas dürfte um 4,5 % und 4,3 % zulegen. Das Wachstum der Weltwirtschaft wird nach 3,1 % im ablaufenden Jahr voraussichtlich 2,9 % und 3,0 % betragen.

Im bisherigen Jahresverlauf hat der private Konsum in Österreich im Jahresvergleich merklich zugelegt, jedoch im dritten Quartal etwas an Schwung verloren. Im ablaufenden Jahr dürfte das Konsumwachstum 0,8 % erreicht haben. Im weiteren Prognosezeitraum werden die Budgetkonsolidierung sowie die nur langsam zurückgehende Inflation die Entwicklung der verfügbaren realen Haushaltseinkommen etwas dämpfen. Das IHS rechnet aber damit, dass die Sparquote, ausgehend von 11,7 % im Jahr 2024, bis zum Ende des Prognosezeitraums deutlich auf 9,2 % sinken wird. Entsprechend sollte der private Konsum im kommenden Jahr noch einmal um 0,8 % wachsen, im Jahr darauf sogar um 1,0 %.

Nach dem starken Rückgang im Vorjahr weisen die Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung im bisherigen Jahresverlauf eine merkliche Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen aus. Günstigere Finanzierungsbedingungen, Ersatzbedarf und verbesserte Konjunkturaussichten in der Industrie dürften die Investitionsnachfrage im Prognosezeitraum stärken. Zugleich werden die höheren Handelsschranken, die beträchtliche handelspolitische Unsicherheit und der Verlust an Marktanteilen weiterhin dämpfend wirken. Darum erwartet das IHS – nach einer Zunahme der Investitionen in Ausrüstungen im ablaufenden Jahr um 3,0 % – für die nächsten beiden Jahre nur noch Zuwächse von jeweils 2,0 %.

Bei den Bauinvestitionen hat sich der Rückgang im ablaufenden Jahr noch fortgesetzt. Die Verbesserung der Finanzierungsbedingungen und die Festigung der Konjunktur dürften aber auch hier eine Trendwende erlauben. Darauf deuten auch die Baubewilligungen hin, die – ausgehend von einem niedrigen Niveau – gestiegen sind.

Das IHS erwartet, dass die Bauinvestitionen, nach einem Rückgang um 2,0 % im ablaufenden Jahr, in den Jahren 2026 und 2027 um 1,0 % und 1,5 % zulegen werden.

Die Prognosen für Ausrüstungs- und Bauinvestitionen bedeuten, dass die realen Bruttoanlageinvestitionen insgesamt, die im ablaufenden Jahr um 0,7 % zugelegt haben, in den beiden kommenden Jahren um 1,6 % und 1,8 % wachsen dürften.

Die österreichische Exportwirtschaft hat in den Jahren 2024 und 2025 wegen mangelnder Wettbewerbsfähigkeit deutlich Marktanteile verloren. Die US-Importzölle, die handelspolitische Unsicherheit und die Schwäche der deutschen Industrie stellen für sie weitere Belastungsfaktoren dar. Nach dem Einbruch im Vorjahr dürften die realen Warenexporte Österreichs im ablaufenden Jahr um 2,6 % zurückgegangen sein. Die produktivitätsorientierten Lohnabschlüsse in der Industrie und die Ergebnisse von Unternehmensumfragen sprechen aber dafür, dass die Exporte langsam wieder an Fahrt gewinnen dürften. Für die Jahre 2026 und 2027 erwartet das IHS daher ein Wachstum der Warenexporte von 0,8 % und 2,0 %. Die Dienstleistungsexporte sollten sich noch etwas besser entwickeln. Somit prognostiziert das Institut für die Gesamtexporte, nach einem Rückgang um 1,6 % im ablaufenden Jahr, einen Zuwachs von 1,2 % im Jahr 2026 und von 2,1 % im Jahr 2027. Nach den kräftigen Rückgängen in den Vorjahren dürften die Importe mit der anziehenden Binnenkonjunktur und der Erholung der Exporte in den beiden kommenden Jahren um 1,2 % und 2,2 % expandieren, nach 1,3 % im ablaufenden Jahr.

Die Inflation in Österreich hält sich hartnäckig. Im ablaufenden Jahr lag die Inflationsrate zu Jahresende bei der 4-Prozent-Marke. Im Jahresschnitt 2025 belief sich der Preisauftrieb auf 3,6 %, wobei die Preise in der Breite angestiegen sind. Zum einen sind fiskalpolitische Ausgleichsmaßnahmen (Stromkostenbremse und dergleichen) zu Jahresbeginn ausgelaufen, was die Inflationsrate erhöhte. Zum anderen haben die Lebensmittelpreise kräftig zugelegt, und der Preisauftrieb bei den lohnkostenintensiven Dienstleistungen hat kaum nachgelassen. Mit dem Wegfall der Effekte aufgrund ausgelaufener fiskalpolitischer Ausgleichsmaßnahmen aus dem Vorjahr wird zu Jahresbeginn 2026 die Inflation merklich zurückgehen. Zudem sollten von den Lohnstückkosten wegen moderater Kollektivvertragsabschlüsse weniger preistreibende Effekte ausgehen. Dem steht ein von der Erhöhung von Gebühren und Verbrauchssteuern, etwa auf Tabak, ausgehender Inflationsdruck gegenüber. Alles in allem erwartet das IHS für den Jahresdurchschnitt 2026 eine Inflationsrate von 2,5 %. Im Jahresschnitt 2027 sollte die Inflation auf 1,9 % fallen.

Der Arbeitsmarkt ist trotz der schwachen Konjunktur recht robust geblieben. Im Jahresdurchschnitt 2025 legte die Anzahl der Beschäftigten um 0,2 % zu. Die Arbeitslosenquote stieg zwar von 7,0 % auf 7,4 %, gemessen an der schwachen Entwicklung

der Produktion war der Anstieg aber moderat. Mit der Festigung der Konjunktur sollte die Beschäftigung in den Jahren 2026 und 2027 um 0,5 % und 0,6 % ausgeweitet werden. Gemäß IHS-Prognose wird die Arbeitslosenquote damit auf 7,3 % bzw. 7,1 % zurückgehen.

Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte wird im Prognosezeitraum von den Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung geprägt. Diese entlasten das Budget seit der zweiten Jahreshälfte 2025. Die derzeit vorliegenden Daten deuten darauf hin, dass die Budgetentwicklung im Bund etwas besser ausfällt als geplant, während die Defizite auf Ebene der Länder und Gemeinden höher ausfallen dürften. Für das ablaufende Jahr erwartet das IHS ein gesamtstaatliches Defizit von 4,4 % des Bruttoinlandsprodukts. In den kommenden beiden Jahren dürfte die Defizitquote mit 4,2 % und 4,0 % hoch bleiben.

Die Winter-Prognose des IHS ist mit erheblichen Abwärtsrisiken behaftet. Die US-Handelspolitik und die geopolitischen Konflikte belasten weiterhin die Weltkonjunktur. Die im europäischen Vergleich hohe Inflation stellt einen heimischen Risikofaktor dar. Sie könnte die Konsumstimmung trüben. Auch eine wegen der hohen Inflation oder angesichts verstärkten Vorsichtssparens höhere als in der Prognose unterstellte Sparquote würde das Wachstum dämpfen. Weitergehende Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung könnten die Konjunktur ebenfalls belasten. Der Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit in den letzten Jahren könnte die Erholung von Investitionen und Exporten stärker bremsen. Hingegen könnte die zügige Umsetzung substanzieller Strukturreformen die Rahmenbedingungen für die Wirtschaftsakteure verbessern und damit höheres Wachstum auslösen.

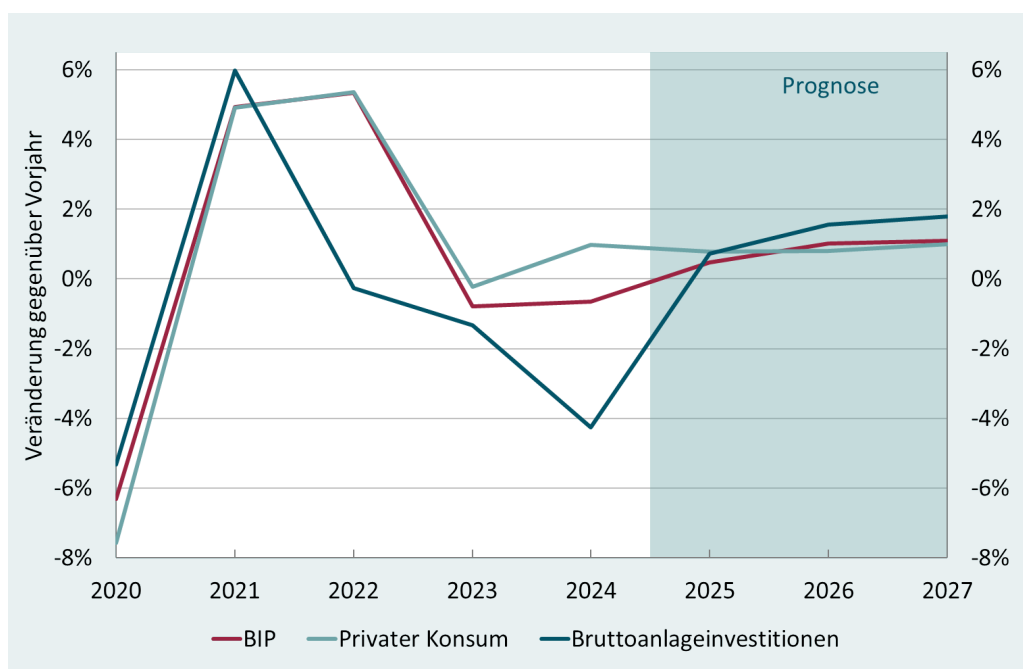
Tabelle 1: Hauptergebnisse der IHS-Prognose
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2025	2026	2027
Bruttoinlandsprodukt, real	0,5	1,0	1,1
Privater Konsum, real	0,8	0,8	1,0
Bruttoinvestitionen, real	5,1	2,4	2,3
Bruttoanlageinvestitionen, real	0,7	1,6	1,8
Ausrüstungsinvestitionen, real	3,0	2,0	2,0
Bauinvestitionen, real	–2,0	1,0	1,5
Inlandsnachfrage, real	2,2	1,0	1,1
Exporte i. w. S., real	–1,6	1,2	2,1
Waren, real (laut VGR)	–2,6	0,8	2,0
Reiseverkehr, real (laut VGR)	–1,0	2,0	2,0
Importe i. w. S., real	1,3	1,2	2,2
Waren, real (laut VGR)	1,2	0,9	2,3
Reiseverkehr, real (laut VGR)	1,3	2,0	2,0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	0,2	0,5	0,6
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ⁱ	7,4	7,3	7,1
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition ⁱ	5,6	5,5	5,4
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	3,7	2,0	1,8
Preisindex des BIP	3,0	2,2	1,9
Verbraucherpreisindex	3,6	2,5	1,9
Budgetsaldo laut Maastricht (% des BIP) ⁱ	–4,4	–4,2	–4,0
3-Monats-Euribor ⁱ	2,2	2,1	2,1
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen ⁱ	3,0	3,2	3,2

ⁱabsolute Werte

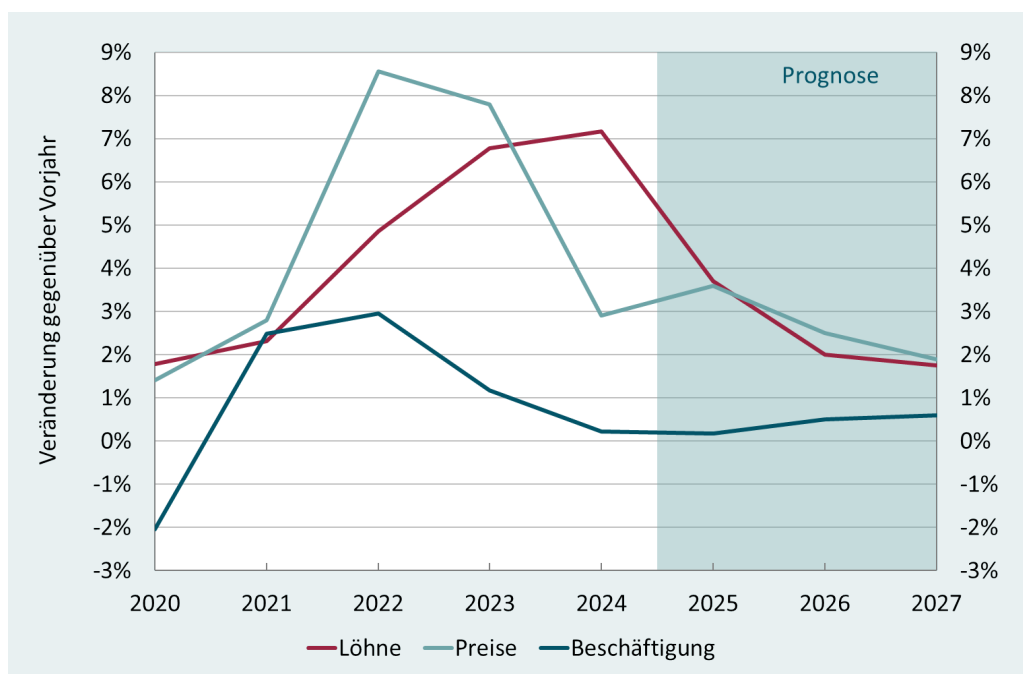
Quelle: Statistik Austria, LSEG Datastream, Prognose des IHS

Abbildung 1: BIP, Privater Konsum und Bruttoanlageinvestitionen, real



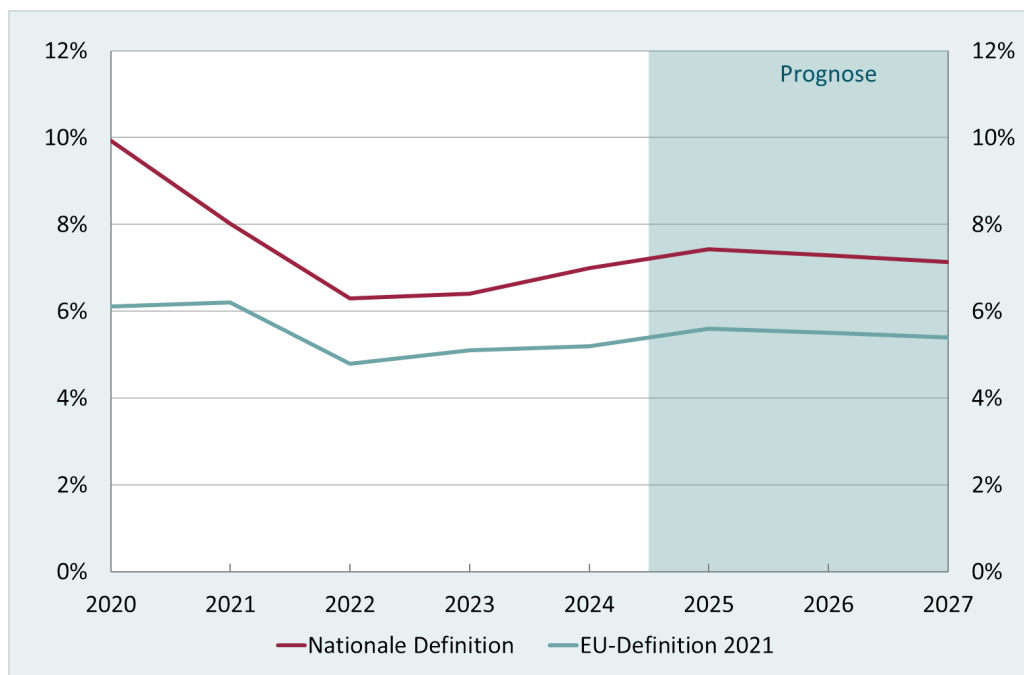
Quelle: Statistik Austria, ab 2025 Prognose des IHS

Abbildung 2: Löhne, Preise und Beschäftigung



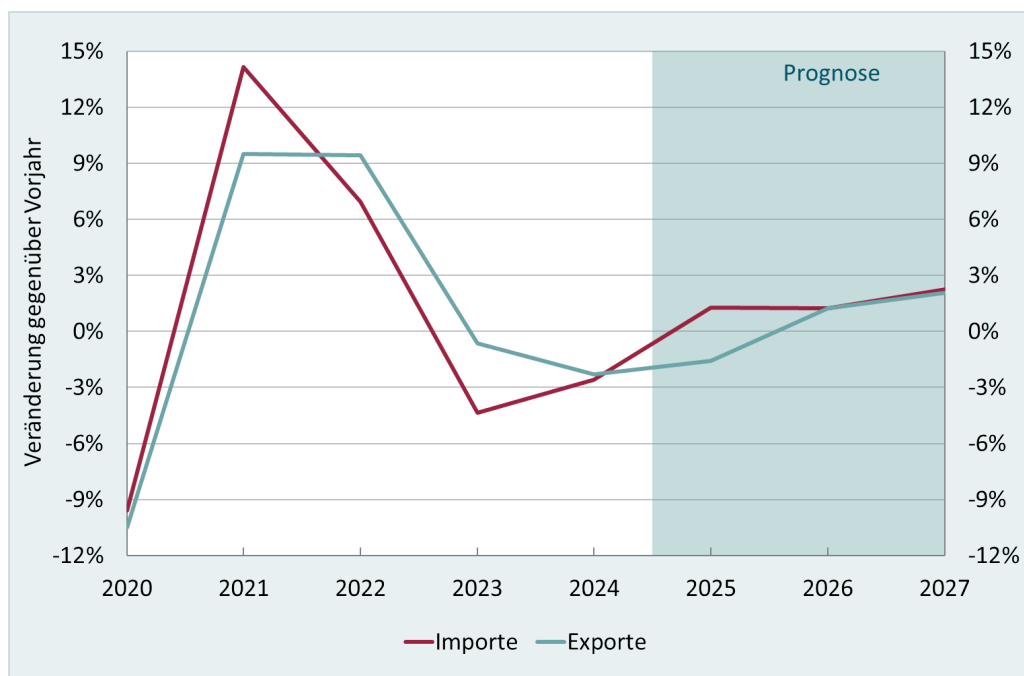
Quelle: Statistik Austria, Dachverband der Sozialversicherungsträger, ab 2025 Prognose des IHS

Abbildung 3: Arbeitslosenquote



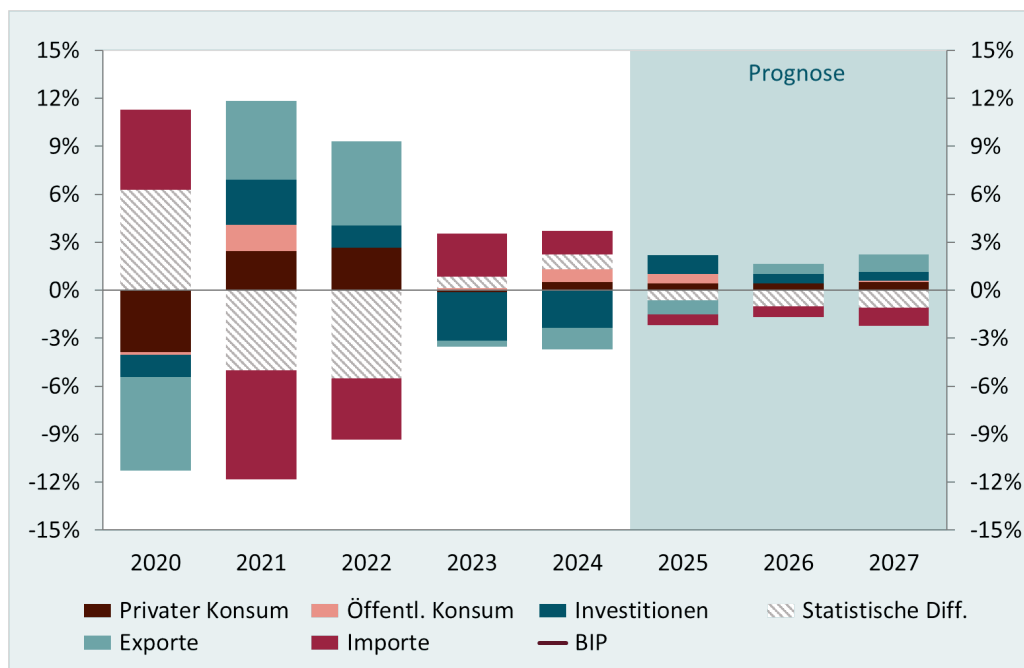
Quelle: AMS, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, ab 2025 Prognose des IHS

Abbildung 4: Importe (i. w. S.) und Exporte (i. w. S.)



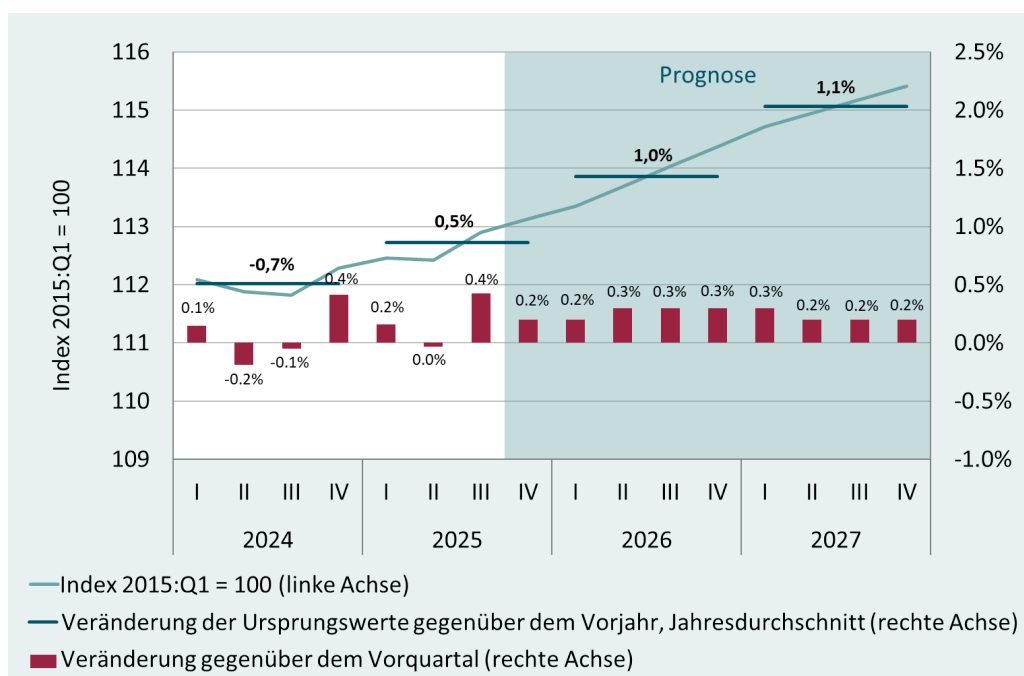
Quelle: Statistik Austria, ab 2025 Prognose des IHS

Abbildung 5: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen, ab 2025 Prognose des IHS

**Abbildung 6: Reales Bruttoinlandsprodukt
saison- und kalenderbereinigter Verlauf**



Quelle: Statistik Austria, ab 4. Quartal 2025 Prognose des IHS

2 Die internationale Konjunktur

2.1 Überblick

Die **Weltwirtschaft** hat im bisherigen Jahresverlauf den Belastungen durch die US-Zollpolitik getrotzt. Nach Daten des Internationalen Währungsfonds stieg das globale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im ersten und im zweiten Quartal 2025 jeweils um 0,8 % gegenüber dem Vorquartal. Dabei gingen jeweils allein 0,6 Prozentpunkte auf Asien zurück. Im dritten Quartal dürfte sich das moderate Wachstum der Weltwirtschaft fortgesetzt haben. Besonders stark blieb die Expansion mit 2,0 % gegenüber dem Vorquartal in Indien. Auch in China hat sich das Wachstumstempo kaum verändert. Deutliche Abschwächungen ergaben sich in Brasilien, wo die Wirtschaftsleistung kaum noch zulegte, und in Mexiko, wo sie zurückging.

Der globale Warenhandel hat im dritten Quartal trotz der US-Zollerhöhungen und der hohen handelspolitischen Unsicherheit deutlich zugelegt. Gemäß Daten des niederländischen CPB stieg er um 1,1 % gegenüber dem Vorquartal, nach 0,6 % im Frühjahr. Dabei stagnierten die US-Importe, nachdem sie im Zusammenhang mit der Ankündigung und dann der tatsächlichen Erhöhung der Importzölle im ersten Quartal um 18,4 % gestiegen und im zweiten Jahresviertel um 18,0 % gesunken waren. Die US-Exporte sanken diesen Daten zufolge im dritten Quartal um 2,8 %. Die Exporte Chinas legten um 1,8 %, seine Importe um knapp 5 % zu. Der RWI/ISL-Containerumschlagindex zeigt für Oktober weltweit einen leichten Anstieg, in Europa aber einen deutlichen Rückgang an. Europa scheint sich demnach vom Welthandel zu entkoppeln. Auch die globale Industrieproduktion legte im Sommer weiter zu. Gemäß CPB-Daten expandierte sie um 0,5 %, nach 0,9 % im ersten und 0,7 % im zweiten Quartal. Sie stagnierte im Euroraum. In den USA nahm sie marginal um 0,1 % zu. Deutliche Zuwächse wurden in Asien verzeichnet.

Die Öl- und Gaspreise sind im Sommer und Herbst weiter gesunken. Mitte Dezember kostete ein Barrel Erdöl der Nordseesorte Brent rund 63 US-Dollar und damit etwa 18 % weniger als zu Jahresbeginn und rund 9 % weniger als Ende September. Maßgeblich für den Rückgang dürfte sein, dass einige OPEC-Mitglieder ihre Förderung ausweiteten. Daher schätzt die internationale Energieagentur, dass der Ölmarkt im kommenden Jahr überversorgt sein wird. Für diese Prognose wird auf Basis der Terminmarktnotierungen ein Preis von jeweils rund 62 US-Dollar je Barrel in den beiden kommenden Jahren erwartet. Auch der Gaspreis ist deutlich gesunken. Am europäischen Handelsplatz TTF fiel der Preis für eine MWh am 10. Dezember erstmals seit April 2024 unter 27 Euro. Damit war der Preis um rund 45 % niedriger als zu Jahresbeginn und 14 % geringer als am Ende des dritten Quartals. Die Preise für einige

Industriemetalle, etwa für Kupfer und Aluminium, sind in den vergangenen Monaten gestiegen. Angesichts einer dem Zielwert entsprechenden Inflation im Euroraum hat die EZB ihre Leitzinssenkung seit Juni unverändert gelassen. Die US-Notenbank Fed hat im September, Oktober und Dezember die Zielspanne für ihre Leitzinsen um jeweils 0,25 Prozentpunkte auf zuletzt 3,50 % bis 3,75 % gesenkt.

Der Disinflationsprozess hat sich im Herbst nicht fortgesetzt. Vielerorts hat die Verbraucherpreisinflation sogar leicht angezogen, weil der Basiseffekt aus gesunkenen Energiepreisen wegfiel. In der Gruppe der OECD-Länder stiegen die Verbraucherpreise im September um 4,2 %, nach jeweils 4,1 % im Juli und August. In den USA betrug die Inflation 3,0 %. Im Oktober stiegen die Verbraucherpreise in Japan um 3,0 % und im Euroraum um 2,1 %. Im November dürfte die Inflation im Euroraum auf 2,2 % gestiegen sein. In der OECD insgesamt steigen die Nahrungsmittelpreise nach wie vor kräftig, und zuletzt zogen auch die Energiepreise wieder stärker an.

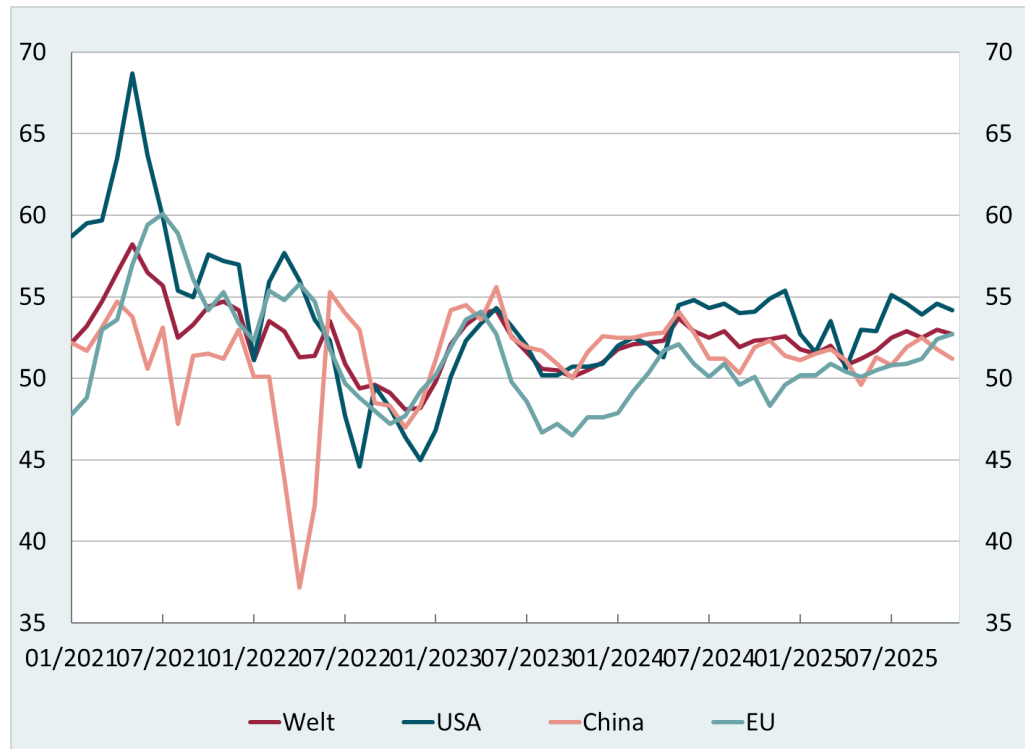
Der Wechselkurs zwischen dem Euro und dem US-Dollar war im Herbst weitgehend stabil. Im Vergleich zum Jahresbeginn hat der Euro damit um 14 % gegenüber dem Dollar aufgewertet. Mitte Dezember kostete ein Euro etwa 1,17 US-Dollar. Für diese Prognose wird erwartet, dass er in den beiden kommenden Jahren auf diesem Niveau bleiben wird.

Im Prognosezeitraum dürfte die erratische US-Zollpolitik die globale Wirtschaftsentwicklung und die Expansion des Welthandels bremsen. Auch nach den Einigungen zwischen den USA und einigen Handelspartnern, u.a. der EU, auf Handelsabkommen ist der US-Importzollsatz deutlich höher als noch im vergangenen Jahr. Außerdem ist die handelspolitische Unsicherheit weiterhin hoch, weil in den vergangenen Monaten in manchen Fällen auch dann die US-Zölle erhöht wurden, wenn Handelsabkommen bestanden. Frühindikatoren wie die globalen Einkaufsmanagerindizes (EMI) deuten auf eine moderate Expansion der Wirtschaftsleistung in den kommenden Monaten hin (Abbildung 7). Die EMIs befinden sich in den meisten Ländern und Regionen oberhalb der Schwelle von 50 Punkten, die ein Produktionswachstum anzeigt. Dies trifft zumeist sowohl für das Verarbeitende Gewerbe als auch für die Dienstleistungen zu. Das Wachstumstempo der Weltwirtschaft bleibt aber voraussichtlich verhalten. Neben der US-Zollpolitik trüben auch die neue US-Sicherheitsstrategie und die militärischen Auseinandersetzungen der USA mit den Ländern in Lateinamerika den Ausblick auf die Weltwirtschaft.

Alles in allem dürfte das globale BIP in den beiden kommenden Jahren, wie bereits im ablaufenden Jahr, jeweils mit Raten von rund 3 % expandieren. Für die Gruppe der OECD-Länder werden für die Jahre 2026 und 2027 Wachstumsraten von 1,7 % bzw. 1,8 % erwartet. Der weltweite Warenhandel steigt laut IHS-Prognose in den

beiden kommenden Jahren jeweils um 2,3 %, nach 4,5 % im zu Ende gehenden Jahr. Der kräftige Anstieg im ablaufenden Jahr ist vor allem auf Vorzieheffekte zu Jahresbeginn zurückzuführen.

Abbildung 7: Einkaufsmanagerindizes in ausgewählten Ländern und Regionen



Quelle: LSEG Datastream

Die Risiken für die Weltwirtschaft sind groß. Die neuen Importzölle und die hohe Unsicherheit könnten Handel und Produktion stärker belasten als in dieser Prognose unterstellt. Weiterhin bestehen auch die geopolitischen Risiken, vor allem im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine oder angesichts von Drohungen Chinas gegen Taiwan. Wie sich die neuen sicherheits- und außenpolitischen Prioritäten der US-Regierung auf die Weltwirtschaft auswirken, ist ebenfalls unsicher. Darüber hinaus gehen Risiken von der expansiven Finanzpolitik in den USA sowie den hohen öffentlichen Schuldenständen in einigen EU-Mitgliedsländern aus. Sollten an den Finanzmärkten Zweifel an der Solidität der Staatsfinanzen aufkommen, könnten höhere Risikoaufschläge auf Staatsanleihen die Folge sein, die auch die Kreditzinssätze in die Höhe treiben könnten. Darüber hinaus gehen Risiken von der hohen Bewertung einiger Unternehmen im Bereich der Künstlichen Intelligenz aus. Neubewertungen der Ertragsaussichten dieser Unternehmen an den Finanzmärkten könnten Aktienkursrückgänge zur Folge haben, die sich auch auf Unternehmen aus anderen Sektoren übertragen könnten.

2.2 Länder und Regionen

Im **Euroraum** hat die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal um 0,3 % zugelegt, nach 0,1 % im zweiten Quartal. Zwischen den Mitgliedstaaten blieben die konjunkturellen Unterschiede groß. So legte die Wirtschaftsleistung in Spanien und in Frankreich mit 0,6 %, bzw. 0,5 % deutlich zu, während sie in Italien nur um 0,1 % stieg und in Deutschland stagnierte. Alle Endnachfragekomponenten trugen das Wachstum, nur der Beitrag der Nettoexporte war negativ, da die Importe deutlich stärker zulegten als die Exporte. Die Ausfuhren wurden vor allem im ersten Halbjahr durch die US-Zollpolitik geprägt. Auf eine kräftige Ausweitung um 2,3 % im ersten Quartal im Zusammenhang mit Vorzieheffekten wegen der angekündigten höheren US-Einfuhrzölle folgte im zweiten Quartal ein Rückgang um 0,4 %. Im dritten Quartal stiegen die Exporte um 0,7 %, wobei die Warenexporte um 1,5 % zulegten, während die Dienstleistungsexporte um 0,7 % sanken. Im Durchschnitt der ersten drei Quartale waren die Warenausfuhren des Euroraums um 1,8 % höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. Spanien, Deutschland und Österreich waren die einzigen Mitgliedsländer, in denen in jedem der drei Quartale die Exporte im Vorjahresvergleich sanken, wobei sich in Spanien der Rückgang mit 0,2 % im bisherigen Jahresverlauf in engen Grenzen hielt. Entstehungsseitig stieg im dritten Quartal die saisonbereinigte Wertschöpfung in allen Wirtschaftsbereichen außer dem Bauwesen, wo sie stagnierte, und im Verarbeitenden Gewerbe, wo sie leicht um 0,1 % sank.

Die Arbeitslosenquote beträgt seit Mai 6,4 %, nach 6,3 % in den Monaten davor. Die Unterschiede in Niveau und Dynamik zwischen den Mitgliedsländern sind nach wie vor erheblich. So hat Spanien mit 10,5 % noch immer eine der höchsten Arbeitslosenquoten, aber sie sinkt in der Tendenz. In Italien ist die Arbeitslosenquote inzwischen mit 6,0 % niedriger als im Euroraum-Durchschnitt, während sie in Frankreich seit Juli bei 7,7 % liegt. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich im Euroraum im dritten Quartal um 0,2 %, nach 0,1 % im zweiten Quartal. Die Gesamtzahl der geleisteten Arbeitsstunden nahm um 0,4 % zu, nach 0,1 % im zweiten Quartal.

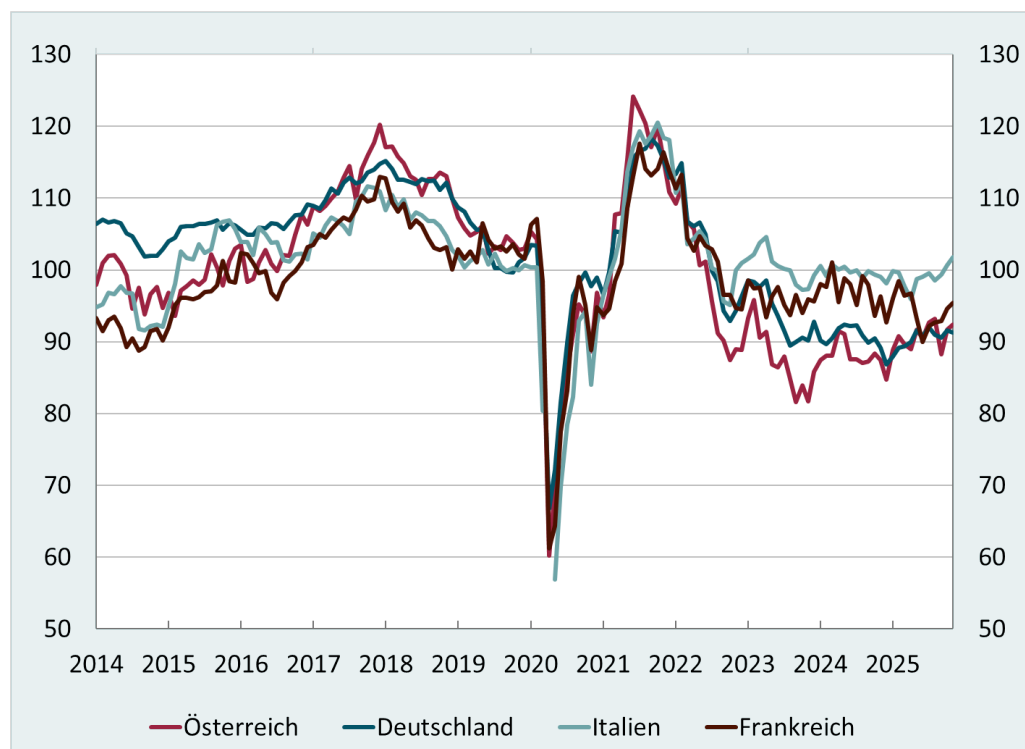
Der Preisauftrieb schwächte sich bis Mai auf 1,9 % ab. Anschließend verharrte er bis August bei 2,0 % und stieg bis November auf 2,2 %. Die Kerninflation (ohne Energie und Lebensmittel) beträgt seit Mai 2,3 % bis 2,4 %. Dabei treiben weiterhin vor allem die Dienstleistungen sowie die Lebensmittelpreise die Teuerung. Bei Letzteren schwächte sich der Preisauftrieb von September auf Oktober um 0,5 Prozentpunkte auf 2,5 % ab. Die Preise für Industriegüter steigen um weniger als 1 %, und die Energiepreise sinken weiterhin im Jahresvergleich.

Nachdem die Europäische Zentralbank (EZB) die Leitzinsen in der ersten Jahreshälfte viermal um jeweils 0,25 Prozentpunkte gesenkt hatte, folgten seitdem keine weiteren

Zinsschritte. Der Wage-Tracker der EZB mit über das Jahr geglätteten Einmalzahlungen, der auf Basis der jeweils vorliegenden Lohnabschlüsse berechnet wird, lässt aktuell ein Lohnwachstum von 3,2 % im Euroraum im Jahr 2025 erwarten. Für das Jahr 2026 liegt der EZB-Indikator für die Lohnentwicklung bei 1,8 % im ersten Halbjahr sowie 2,2 % für das dritte Quartal.

Von der Finanzpolitik gehen im Prognosezeitraum, mit Ausnahme Deutschlands, kaum Impulse für die Konjunktur aus. Zwar hat die Europäische Union im Rahmen des Programms Readiness 2030 für den Zeitraum bis 2028 eine Lockerung der Fiskalregeln beschlossen, um den Mitgliedstaaten den Aufbau von Verteidigungskapazitäten zu erleichtern. Wegen der in vielen Ländern bereits hohen Budgetdefizite und Staatsverschuldung ist aber eher eine restriktive Finanzpolitik erforderlich, weshalb der Spielraum für zusätzliche Staatsausgaben begrenzt ist. Auch aus der Aufbau- und Resilienzfazilität dürften keine nennenswerten Impulse mehr kommen. Die konjunkturelle Dynamik wird im Prognosezeitraum voraussichtlich moderat bleiben. Die Vorlaufindikatoren, wie der Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (Abbildung 8), deuten auf eine positive Entwicklung der Konjunktur hin, aber mit einer geringen Dynamik.

Abbildung 8: Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI)



Quelle: Europäische Kommission, LSEG Datastream

Die Exporte werden durch die verschlechterte Wettbewerbsposition aufgrund der Aufwertung des Euro und durch die höheren US-Zölle belastet. Allmählich sollte es den Unternehmen aber gelingen, sich an das neue handelspolitische Regime anzupassen, sodass die Exporte im Prognosezeitraum langsam wieder am zunehmenden Welthandel partizipieren dürften. Die Investitionen sollten von den niedrigeren Zinsen profitieren. Die anhaltend hohe handelspolitische Unsicherheit bremst aber die Investitionen, sodass auch hier die Dynamik verhalten bleiben dürfte. Der private Konsum stützt die Konjunktur, da die Reallöhne weiter steigen. Alles in allem dürfte die Wirtschaftsleistung in den beiden kommenden Jahren um 1,1 % bzw. 1,4 % zulegen, nach 1,4 % im ablaufenden Jahr (Tabelle 2). Der relativ hohe Zuwachs im zu Ende gehenden Jahr ergibt sich vor allem aus einer deutlichen Expansion zur Jahreswende 2024/2025 im Zusammenhang mit Vorzieheffekten wegen der US-Zollpolitik. Bei der Inflation dürfte der negative Beitrag der Energiekomponente im kommenden Jahr auslaufen. Bei den Dienstleistungen dürfte die Preissteigerung allmählich nachlassen. Alles in allem werden für die Euroraum-Inflationsrate Werte von 2,1 % im Jahr 2026 bzw. 1,9 % im Jahr 2027 erwartet. Die Arbeitslosenquote dürfte ebenfalls leicht sinken.

Tabelle 2: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum in Prozent

	2025	2026	2027
BIP-Veränderung	1,4	1,1	1,4
Arbeitslosenquote	6,4	6,3	6,2
HVPI-Inflation	2,2	2,1	1,9

Quelle: Eurostat, Prognose des IHS

Am 1.1.2026 wird Bulgarien als 21. Staat dem Euroraum beitreten. Da noch keine Zeitreihen zu gesamtwirtschaftlichen Daten für den Euroraum mit 21 Mitgliedsländern vorliegen, beziehen sich alle Angaben zum Euroraum in diesem Bericht noch auf das Aggregat mit 20 Mitgliedsländern.

Die Wirtschaftsentwicklung der **Vereinigten Staaten** wurde im ersten Halbjahr durch die Auswirkungen der Handelspolitik geprägt. Zu Beginn des Jahres waren Vorzieheffekte aufgrund erwarteter Zollanhebungen zu beobachten, die aber im zweiten Quartal kompensiert wurden. Die US-Wirtschaft konnte im ersten Halbjahr mit 2,0 % BIP-Anstieg trotz der Handelsverzerrungen ein solides Wachstum aufrechterhalten. Die Entwicklung der Inlandsnachfrage blieb mit Zuwächsen sowohl des privaten Konsums als auch der Bruttoanlageinvestitionen robust. Für das BIP im dritten Quartal liegt infolge der Stilllegung der Bundesverwaltung noch keine Schätzung vor. Die BIP-Nowcasts der Federal Reserve Banken von Atlanta und New York weisen auf eine

Fortsetzung der Expansion im dritten Quartal hin. Der ISM-Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe lag im November bei 48,2 und damit den neunten Monat in Folge unter der Expansionsmarke von 50. Die ISM-Umfrage im Dienstleistungsbe-
reich deutete mit einem Wert von 52,6 auf eine Expansion hin. Die Konsumstimmung hat sich laut der Umfrage der University of Michigan nach einem Zwischenhoch im Laufe des Sommers wieder eingetrübt und den Tiefststand vom Jahresanfang wieder erreicht. Als Grund wurden von den befragten Haushalten die hohen Preise genannt. Nachdem zuvor auch die Stilllegung der Bundesverwaltung eine Rolle für die trübe Stimmung gespielt haben dürfte, haben sich die Erwartungen im Dezember etwas aufgehellt.

Der Arbeitsmarkt hat sich in den vergangenen Monaten weiter abgekühlt. Zwischen April und September (die Veröffentlichungen für Oktober und November wurden abgesagt bzw. verschoben) betrug das durchschnittliche monatliche Beschäftigungswachstum nur noch 59.000 neue Stellen gegenüber 162.000 im Jahr 2024. Die Arbeitslosenquote stieg seit Beginn des Jahres leicht an und lag im September bei 4,4 %. Das Wachstum der durchschnittlichen Stundenlöhne lag bei 3,8 % gegenüber dem Vorjahresmonat und hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr verlangsamt. Nach einem vorübergehenden Rückgang im Frühjahr stieg die Inflationsrate über den Sommer wieder an und lag im September bei 3,0 %. Im September, Oktober und Dezember senkte die Notenbank Fed die Zielbandbreite für die Leitzinsen jeweils um 25 Basispunkte auf zwischen 3,50 % und 3,75 %. Die Zinssenkungen wurden trotz erhöhter Inflation vorgenommen und mit der Abkühlung am Arbeitsmarkt begründet. Die Leitzinsen waren zuvor seit Dezember letzten Jahres unverändert gewesen. Neben der US-Handelspolitik bleibt angesichts eines erhöhten Budgetdefizits auch die Finanzpolitik ein Unsicherheitsfaktor für die Konjunktur. Für das laufende Jahr wird ein BIP-Wachstum von 1,9 % prognostiziert. Für die Jahre 2026 und 2027 werden BIP-Anstiege von jeweils 1,8 % erwartet.

Nach einem Wachstum um 0,4 % im ersten und um 0,5 % im zweiten Quartal ging die Wirtschaftsleistung **Japans** im dritten Quartal gegenüber dem Vorquartal um 0,6 % zurück. Im Vorjahresvergleich erhöhte sich das BIP hingegen um 0,6 %. Ausschlaggebend für die negative Entwicklung im dritten Quartal waren ein deutlicher Rückgang der privaten Wohnbauinvestitionen um 8,2 % sowie schwächere Exporte. Der private Konsum und der Staatskonsum blieben hingegen robust, gestützt durch kräftig steigende Löhne und Sommerbonuszahlungen. Die Unternehmensinvestitionen nahmen ebenfalls weiter zu. Insbesondere in der Halbleiterindustrie werden derzeit neue Produktionskapazitäten aufgebaut und die Digitalisierung wird vorangetrieben.

Exporte und Industrieproduktion werden insbesondere von der Nachfrage aus Asien getragen. Die Ausfuhren in die USA sind hingegen rückläufig, obwohl die

Automobilhersteller den Großteil der Zölle durch Preissenkungen kompensieren. Das seit Anfang August wirksame Abkommen mit den USA sieht für japanische Exporte einen pauschalen Zollsatz von 15 % vor. Der Tourismus wächst etwas langsamer, verharrt aber auf hohem Niveau. Die Ausgaben ausländischer Besucher stiegen im dritten Quartal um 11,1 % gegenüber dem Vorjahr. Die Weltausstellung in Osaka endete am 13. Oktober.

Die Teuerung ließ im Jahresverlauf etwas nach, insbesondere infolge der fortgesetzten Energiesubventionen, darunter Zuschüsse sowie Preisobergrenzen für Benzin, Diesel, Strom und Gas. Im Oktober gewann die Inflation aber erneut an Fahrt und lag mit 3,0 % nach wie vor über dem Zielwert von 2 % der Zentralbank. Die Hauptinflationstreiber waren die Preise für Lebensmittel. Auf ihrer Sitzung im September beschloss die Zentralbank, ihren Leitzins bei 0,50 % zu belassen. Damit wirkt die Geldpolitik weiterhin stark expansiv.

Die Finanzpolitik wird in den Jahren 2026 und 2027 von einem umfangreichen Konjunkturpaket geprägt. Dieses umfasst die Förderung von Investitionen, etwa in KI, Halbleiter, Robotik und Digitalisierung, sowie höhere Verteidigungsausgaben. Gleichzeitig sollen Haushalte durch Transferzahlungen und Energie- bzw. Kraftstoffsubventionen entlastet werden. Ab Jänner 2026 werden diese Entlastungsmaßnahmen in eine dauerhafte Steuersenkung überführt. Die Unternehmen profitieren davon sowohl indirekt von niedriger gehaltenen Energiepreisen als auch direkt durch Investitions- und Innovationsförderungen. Zusätzliche Maßnahmen im Konjunkturpaket sind ein höherer Einkommensteuerabzug ab 2025, mehr öffentliche Investitionen und Schulgeldhilfen sowie ein 4-%-Körperschaftsteuerzuschlag ab April 2026 zur Teilfinanzierung höherer Verteidigungsausgaben. Trotz dieser expansiven Fiskalpolitik soll die staatliche Bruttoschuldenquote, laut OECD, von 222 % im Jahr 2024 auf 203 % im Jahr 2027 sinken, weil das nominelle BIP-Wachstum die Zunahme der Schulden übersteigt.

Die Konjunktur wird im Prognosezeitraum durch die Inlandsnachfrage gestützt. Das neue Fiskalpaket wird den öffentlichen Konsum erhöhen und die Investitionen fördern. Der Arbeitskräftemangel dürfte zu einem etwas stärkeren Anstieg der Real-löhne führen und die staatlichen Anreize zur Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen das Arbeitskräfteangebot erhöhen. Die Arbeitslosenquote verharrte im Oktober auf dem niedrigen Niveau von 2,6 %. Die Unternehmensinvestitionen dürften aufgrund solider Unternehmensgewinne weiterhin robust bleiben. Geopolitische Spannungen könnten andererseits zu einer schwächeren Auslandsnachfrage führen und die Konjunktur belasten. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im kommenden Jahr um 0,8 % und im Jahr 2026 um 0,7 % expandieren, nach einer Ausweitung um 1,1 % im ablaufenden Jahr.

Mit einem Wachstum von 1,1 % gegenüber dem Vorquartal blieb die Expansion der Wirtschaftsleistung in der **Volksrepublik China** im dritten Quartal stabil. Im Vorjahresvergleich verlangsamte sich die Wirtschaftsexpansion auf 4,8 %. Der private Konsum hat etwas an Dynamik verloren. Die schwache Lage am Arbeitsmarkt und im Immobiliensektor bremst nach wie vor die Expansion. Auch die Dynamik der Industrieinvestitionen hat sich zuletzt abgeschwächt. Die Exporte waren aufgrund ihrer außergewöhnlich hohen preislichen Wettbewerbsfähigkeit im dritten Quartal ein zentraler Treiber des Wirtschaftswachstums. Dabei sind Chinas Exporte in die USA deutlich zurückgegangen: Infolge US-Zollerhöhungen lagen die chinesischen Warenexporte in die USA um 27 % unter dem Vorjahreswert. Dennoch blieb der Absatz chinesischer Produkte in den USA relativ stabil, da China durch die Verlagerung von Produktions- und Fertigungsprozessen in Länder mit niedrigeren Zöllen, wie Vietnam oder Taiwan, die Handelsbarrieren teilweise umgehen konnte. Entsprechend stiegen Chinas Exporte in die ASEAN-Staaten um 18 % (davon 27 % nach Vietnam) und nach Taiwan um 16 %, während die US-Importe aus diesen Ländern deutlich zunahmen. Gleichzeitig blieb das Importwachstum aufgrund der schwachen Inlandsnachfrage gedämpft. Infolge des kräftigen Exportwachstums, gestützt durch eine Abwertung des Yuans, und der schwachen Importdynamik stieg der Leistungsbilanzüberschuss auf einen Rekordwert von 195,6 Milliarden US-Dollar.

Im Oktober lag die Teuerungsrate bei 0,2 %. Da die Inflation sehr niedrig ist und der Yuan aufwertet, dürfte die Zentralbank über genügend Spielraum für eine Lockerung der Geldpolitik verfügen. Die aktuellen Indikatoren weisen auf eine Abschwächung des BIP-Wachstums hin. So verlangsamte sich das Wachstum der Industrieproduktion im November den achten Monat in Folge. Gleichzeitig schwächte sich der Dienstleistungssektor ebenfalls ab. Der vom chinesischen Statistikamt veröffentlichte Einkaufsmanagerindex (EMI) für das verarbeitende Gewerbe stieg von 49,0 Punkten im Oktober auf 49,2 Punkten im November, blieb aber unter der Wachstumsschwelle von 50. Der EMI für die Dienstleistungen sank im November auf 49,5 von 50,1 Punkten im Oktober.

Ende Oktober beriet die Plenarsitzung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas über Empfehlungen für den Fünfjahresplan 2026–2030. Dieser sieht vor, die Inlandsnachfrage weiter zu stärken und die Investitionen in technologische Entwicklung in den kommenden Jahren zu fördern. Der Plan unterstreicht das Ziel, den Lebensstandard in China – gemessen am BIP pro Kopf – bis 2035 auf ein mittleres Niveau entwickelter Volkswirtschaften zu steigern. Dies würde laut Berechnungen der chinesischen Regierung ein durchschnittliches BIP-Wachstum von mindestens 4,2 % erfordern.

Angesichts der handelspolitischen Spannungen bleibt die Konjunktur verhalten. Zwar stützt eine expansive Finanzpolitik weiterhin die Konjunktur, doch lassen die Impulse aus den Konsumprogrammen allmählich nach. Der private Konsum wird weiterhin durch die anhaltende Immobilienkrise und die daraus resultierenden Schuldenprobleme lokaler Regierungen und privater Haushalte belastet. Zusätzlich wirken die hohen handels- und geopolitischen Unsicherheiten dämpfend auf die Investitionsbereitschaft der Unternehmen. In den kommenden Jahren dürfte sich das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts aufgrund struktureller Faktoren wie der Bevölkerungsalterung, der nachlassenden Wirksamkeit des investitionsgetriebenen Modells und der schwachen Produktivitätsentwicklung verlangsamen. Insgesamt erwartet das Institut eine Abschwächung des BIP-Wachstums von 5,0 % im Jahr 2025 auf 4,5 % im Jahr 2026 und 4,3 % im Jahr 2027.

In **Deutschland** hat die saisonbereinigte Wirtschaftsleistung im dritten Quartal stagniert. Der private Konsum und die Exporte sanken. Lediglich die staatlichen Investitionen und der Staatskonsum wurden ausgeweitet. Zu der verstärkten öffentlichen Nachfrage dürfte beigetragen haben, dass der Bundeshaushalt 2025 im September in Kraft getreten ist. Die Mittel aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität spielen nach wie vor keine Rolle. Diese dürften frühestens im Verlauf des kommenden Jahres nachfragewirksam werden. Entstehungsseitig ging die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe und in den wirtschaftsnahen Dienstleistungen zurück. Impulse kamen von den öffentlichen Dienstleistungen, dem zusammengefassten Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe sowie dem Bereich Informationen und Kommunikation. Im Durchschnitt der ersten drei Quartale war das Bruttoinlandsprodukt marginal um 0,1 % höher als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen stagniert seit Frühjahr 2023. Die Zahl der Arbeitslosen war im Durchschnitt der ersten elf Monate 2025 um 6,0 % höher als im gleichen Vorjahresmonat. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote liegt seit März bei 6,3 %. Die Inflationsrate betrug im November 2,3 % (gemessen am nationalen Verbraucherpreisindex) bzw. 2,6 % (gemessen am HVPI). Besonders hoch ist die Preissteigerung mit 3,5 % weiterhin bei den Dienstleistungen. Sie ist jedoch im Jahresverlauf etwas zurückgegangen. Sinkende Energiepreise haben im Jahr 2025 dämpfend auf die Gesamtinflation gewirkt.

Für das Schlussquartal 2025 deutet sich keine durchgreifende Konjunkturerholung an. So sind die vom ifo Institut veröffentlichten Indikatoren zum Geschäftsklima und den Exporterwartungen im November gesunken. Auch das Konsumklima hat sich zuletzt verschlechtert. Erst im Lauf des kommenden Jahres dürfte sich die Konjunktur beleben. Die öffentlichen Ausgaben sollten stärker ausgeweitet werden. Wegen des

erforderlichen zeitlichen Vorlaufs werden die öffentlichen Investitionen wohl erst ab der Jahresmitte die Konjunktur beleben. Die Exporte dürften wieder etwas stärker von der Entwicklung des Welthandels profitieren. Der Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit bleibt aber bestehen und begrenzt die Erholung der Exporte. Mit etwas Verzögerung dürfte der private Konsum auf die allmähliche wirtschaftliche Aufwärtsbewegung reagieren. Alles in allem dürfte die Wirtschaftsleistung in den beiden kommenden Jahren um 1,0 % bzw. 1,4 % steigen, nach 0,1 % im ablaufenden Jahr.

In **Italien** hat die Wirtschaftsleistung in den ersten neun Monaten des Jahres nur leicht expandiert. Im dritten Quartal verzeichneten auf der Nachfrageseite der private und der öffentliche Konsum sowie die Bruttoanlageinvestitionen moderate Zuwächse und die Nettoexporte lieferten einen positiven Beitrag zum BIP-Wachstum. Allerdings wirkten sich die Lagerveränderungen negativ aus, weshalb das BIP-Wachstum mit 0,1 % schwach ausfiel. Die Bruttowertschöpfung stieg im Dienstleistungssektor, wohingegen die Industrie einen leichten Rückgang verzeichnete. Zwischen Jänner und September wurde mit 225 Millionen Nächtigungen ausländischer Gäste ein Anstieg um 4,1 % gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr verbucht. Die Nächtigungen inländischer Gäste stagnierten bei 181 Millionen. Der Arbeitsmarkt blieb weiterhin robust. Die Zahl der Erwerbstätigen lag im Oktober mit rund 24,2 Millionen auf einem Höchstwert und die Arbeitslosenquote blieb mit 6,0 % weiterhin auf einem niedrigen Niveau.

Infolge von Preiserhöhungen bei regulierten und nicht regulierten Energieprodukten stieg die Inflationsrate seit Ende letzten Jahres und erreichte im März und April einen Höchststand bei 1,9 %. Danach ging sie sukzessive zurück und lag im November bei 1,2 %. Die Kerninflation (ohne Nahrungsmittel und Energie) lag bei 1,8 %. Eine leicht positive Entwicklung der Realeinkommen setzte sich fort. Im zweiten Quartal betrug der Anstieg 1,3 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Die Sparquote lag mit 12,0 % leicht über dem langjährigen Durchschnitt. Investitionen in die Infrastruktur, die aus dem NextGenerationEU-Fonds finanziert werden, sollten weiterhin zur Konjunkturbelebung beitragen. Das Budgetdefizit dürfte im ablaufenden Jahr auf 3,0 % (von 3,4 % im Jahr 2024) zurückgegangen sein und in den beiden Folgejahren unter die Maastrichtgrenze von 3,0 % fallen. Die positive Entwicklung der Realeinkommen, öffentliche Investitionen sowie verbesserte Finanzierungsbedingungen infolge niedrigerer Zinsen sollten eine leichte Expansion der Wirtschaft ermöglichen. Für das laufende Jahr rechnet das Institut mit einem BIP-Wachstum von 0,5 %. Für die Jahre 2026 und 2027 wird ein BIP-Wachstum von 0,7 % bzw. 1,0 % prognostiziert.

Die **französische Wirtschaft** ist seit Jahresbeginn moderat gewachsen. Im dritten Quartal stieg das BIP um 0,5 %, nachdem der durchschnittliche Anstieg im ersten

Halbjahr 0,2 % betragen hatte. Der private Konsum wurde nur schwach ausgeweitet, während der öffentliche Konsum stärker expandierte. Die Bruttoanlageinvestitionen verzeichneten einen moderaten Zuwachs, der durch Investitionen im Informations- und Telekommunikationsbereich sowie in Investitionsgüter angetrieben wurde. Ein kräftiger Anstieg der Exporte war vor allem auf eine Ausweitung des Exports von Transportausrüstungen zurückzuführen. Die Importe expandierten ebenfalls, insgesamt ergab sich ein kräftiger Beitrag der Nettoexporte zum BIP-Wachstum. Die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe stieg stark an, während der Bausektor moderat expandierte. Der Dienstleistungssektor verzeichnete im zweiten Quartal eine solide Expansion. Dementsprechend haben die Industrieproduktion und die Einzelhandelsumsätze im dritten Quartal zugelegt.

Die Arbeitslosenquote lag im Oktober bei 7,7 % und damit leicht höher als zu Beginn des Jahres. Die Inflationsrate hat sich in den letzten Monaten auf einem niedrigen Niveau eingependelt und betrug im November 0,9 %. Trotz niedriger Inflationsraten blieb das Verbrauchervertrauen seit Jahreswechsel auf einem verhaltenen Niveau und zeigte zuletzt auch keine steigende Tendenz. Die Vorsicht der Konsument:innen zeigt sich nach wie vor in einer deutlich über dem langjährigen Durchschnitt liegenden Sparquote. Nach Zuwächsen im ersten Halbjahr haben die Realeinkommen im dritten Quartal stagniert.

Das Geschäftsklima hat sich zuletzt leicht aufgehellt. Laut der monatlichen Umfrage der Banque de France setzte sich im Oktober eine Expansion fort, angetrieben durch den Dienstleistungssektor, bestimmte Industriezweige und eine Erholung im Baugewerbe. Die Industrieproduktion stieg stärker als erwartet, gestützt durch die Luftfahrt, die Chemie und Investitionsgüter, während die Agrar- und Lebensmittelindustrie sowie die Automobilbranche einen Rückgang verzeichneten. Die Dienstleistungen verzeichneten ein deutliches Wachstum. Im November dürften die Industrieproduktion und der Dienstleistungssektor weiterhin gewachsen sein, wenn auch in moderaterem Tempo. Die Auftragsbücher in der Industrie sind insgesamt weiterhin schwach, und die Unsicherheit ist aufgrund der politischen Lage hoch. Die Unternehmensbefragung deutet für das vierte Quartal auf eine Expansion hin.

Neben der Handelsunsicherheit dämpft die Unsicherheit über die Budgetkonsolidierung die Wirtschaftsentwicklung. Für 2025 wird ein Budgetdefizit von 5,5 % erwartet. Eine Reduktion des Budgetdefizits soll durch Steuererhöhungen erreicht werden, unter anderem durch Abgaben auf hohe Einkommen und auf Gewinne großer Unternehmen. Ein weiterer Beitrag zur Budgetkonsolidierung soll von Ausgabenkürzungen, vor allem beim Staat, den Kommunen und der Sozialversicherung kommen. Im nächsten Jahr soll das Budgetdefizit auf 4,9 % zurückgehen. Für das ablaufende Jahr

rechnet das Institut mit einem BIP-Wachstum von 0,8 %. Für die Jahre 2026 und 2027 werden BIP-Anstiege von 1,0 % bzw. 1,3 % erwartet.

Im dritten Quartal ließ sich in den **mittel- und osteuropäischen Ländern der Europäischen Union** ein differenziertes Bild der wirtschaftlichen Entwicklung erkennen. In Bulgarien, Tschechien, Polen und Slowenien expandierte die Wirtschaft im Vorquartalsvergleich mit Wachstumsraten zwischen 0,7 % in Bulgarien und 0,9 % in Polen kräftig. Gegenüber dem Vorjahr erzielten Polen und Bulgarien mit 3,8 % bzw. 3,2 % die höchsten Zuwachsraten. In Rumänien war die Wirtschaftsleistung im Quartalsvergleich aufgrund von Sparmaßnahmen im Rahmen der Budgetkonsolidierung rückläufig, während sie in Ungarn stagnierte. Die Industrieproduktion erhöhte sich in Polen stark und in Kroatien und Rumänien moderat. In Tschechien stagnierte die Industrieproduktion, in den anderen Ländern war sie negativ.

Der private Konsum blieb in allen Ländern die zentrale Triebkraft des Wachstums, getragen von steigenden Realeinkommen bei weiterhin niedriger, wenn auch zunehmender Arbeitslosigkeit. Im Quartalsvergleich verlor die Konsumdynamik in vielen Ländern allerdings an Schwung. In Tschechien, der Slowakei, Polen und Slowenien hat sich das Wachstum der Investitionen – insbesondere der Bauinvestitionen – beschleunigt. Trotz hoher handelspolitischer Unsicherheit gingen im dritten Quartal positive Konjunkturimpulse vom Außenhandel in Polen, Tschechien und der Slowakei aus.

Die Teuerungsrate lag im Oktober in den meisten Ländern der Region über dem Euroraum-Durchschnitt. Während sich die Inflation in Tschechien mit 2,3 % dem Zielwert von 2 % näherte, wirkten in anderen Ländern Steuererhöhungen und der Wegfall von Preiskontrollen bei Gas und Strom inflationserhöhend. Infolgedessen betrug die Inflation in Rumänien im Oktober 8,4 %. Aber auch in Kroatien und Ungarn blieb die Inflation, infolge erhöhter Preise für Lebensmittel und Dienstleistungen, mit jeweils über 4 % hoch. Angesichts des anhaltenden Inflationsdrucks, insbesondere bei Dienstleistungen und Lebensmitteln, dürften die Zinsen in Ungarn, Tschechien und Rumänien erst Mitte nächsten Jahres wieder gesenkt werden. Da sich in Polen die Inflation in den letzten Monaten unter 3 % verringert hat, senkte die Zentralbank Anfang Dezember den Leitzins um 25 Basispunkte auf 4 %. Für die Region bleiben eine expansive Fiskalpolitik sowie eine hohe Dynamik der Konsumnachfrage, der Energiepreisen und des Lohnwachstums Risikofaktoren für die Preisstabilität. Unsicherheit entsteht auch durch die importierte Inflation.

Die Fiskalpolitik wird in den mittel- und osteuropäischen Ländern im Prognosezeitraum von der angespannten budgetären Lage geprägt. Wegen der hohen Budgetdefizite setzen Rumänien und die Slowakei ihre Konsolidierung fort. Aufgrund mehrerer

fiskalischer Anpassungspakete ist in Rumänien mit einem Rückgang des gesamtstaatlichen Defizits von 9,3 % des BIP im Jahr 2024 auf 8,4 % im ablaufenden Jahr und 6,2 % im Jahr 2026 zu rechnen. In der Slowakei wird für 2025 und 2026 ein deutlicher Rückgang des gesamtstaatlichen Defizits auf 5,0 % bzw. 4,6 % des BIP erwartet, getragen von Steueranpassungen, einer Finanztransaktionssteuer und zusätzlichen Konsolidierungspaketen. Eine Konsolidierung ist in Polen hingegen nicht geplant, sodass das gesamtstaatliche Defizit in der Prognoseperiode voraussichtlich über 6 % des BIP bleiben wird.

Der anhaltende Arbeitskräftemangel trägt im Prognosezeitraum zu steigenden Realöhnen bei, wodurch der Konsum gestützt wird. Allerdings deuten die aktuellen Daten auf eine Verlangsamung des Lohnwachstums und des Konsums hin, begleitet in vielen Ländern von einem Rückgang der Beschäftigung im Unternehmenssektor. In Rumänien wurde das reale Lohnwachstum in der zweiten Hälfte des ablaufenden Jahres aufgrund hoher Inflation negativ und lag im September bei –5,3 %. Gleichzeitig verstärkten sich die Sorgen um die steigende Arbeitslosigkeit, die im Oktober 5,9 % betrug. Im Jahr 2026 dürfte die volle Wirkung der umfangreichen fiskalischen Konsolidierungsmaßnahmen, d. h. des Einfrierens der öffentlichen Löhne und Pensionen sowie der Steuererhöhungen, in Verbindung mit der weiterhin hohen Inflation zu einer starken Abschwächung des privaten Konsums führen.

Die Investitionen werden durch EU-Mittel sowie die niedrigeren Zinsen gestützt. Die Inanspruchnahme des EU-Aufbau- und Resilienzfonds dürfte dabei im kommenden Jahr weiter zunehmen, da das Programm Ende 2026 auslaufen soll. Allerdings, bestehen aktuell in den mittel- und osteuropäischen Ländern erhebliche Umsetzungslücken. Mehr als die Hälfte der Mittel wurde bereits ausgezahlt, doch die Fortschritte sind sehr unterschiedlich: Tschechien, die Slowakei und Kroatien führen mit einer Auszahlungsquote von über 50 %, während Slowenien, Polen, Rumänien und Ungarn mit einer Auszahlungsquote zwischen 41 % in Slowenien und 9 % in Ungarn zurückblieben. Der Großteil der Mittel fließt in große öffentliche Investitionsprojekte. Mit Blick auf das nahende Fristende hat die Europäische Kommission die Mitgliedstaaten aufgefordert, ihre Aufbaupläne zu verschlanken, Priorität auf Vorhaben zu legen, die bis August 2026 realistisch abgeschlossen werden können, und überfällige Reformen nachzuholen. Insgesamt dürften die Bemühungen, die Zuschüsse für Investitionstätigkeiten zu nutzen, groß sein und damit die Wachstumsdynamik stützen.

SAFE, als Teil der EU-Strategie Readiness 2030, finanziert ab 2026 zusätzliche Verteidigungsinvestitionen in der Region über langfristige, günstige Kredite. Polen, Rumänien und Ungarn dürften dabei die größten Kreditvolumen aufnehmen. Ein Schwerpunkt vieler Vorhaben werden Infrastruktur- und Doppelnutzungsprojekte sein, die

zivil und militärisch nutzbar sind. Gleichzeitig erhöhen die Kredite die Staatsverschuldung.

Die US-Zölle werden den Außenhandel Osteuropas im Jahr 2026 spürbar belasten – weniger über direkte Exporte in die USA, sondern vor allem indirekt über Lieferketten mit Deutschland und Westeuropa. Wie stark das ausfällt, hängt davon ab, welche Zollstufe für verschiedenen Produkte tatsächlich gilt und wie Firmen ihre Produktion umlenken. Mit den neuen Produktionskapazitäten der Automobilindustrie in Ungarn und der Slowakei ist mit positiven Impulsen für die Industrie in diesen Ländern zu rechnen. Da die Auslandsnachfrage nur langsam anzieht, wird für 2027 mit einem wiedererstarkten Exportwachstum gerechnet. Der Beitritt Bulgariens zum Euroraum am 1. Jänner 2026 dürfte sich mittel- bis langfristig positiv auf die Wirtschaftsleistung auswirken. Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt in den MOEL-5 im Jahresdurchschnitt 2025 um 2,4 % und im Jahr 2026 um 2,5 % steigen. Für das Jahr 2027 wird mit einem BIP-Wachstum von 2,5 % gerechnet.

Nach einer Abschwächung auf 1,1 % im Vorquartal verringerte sich das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in **Russland** im dritten Quartal auf 0,6 % gegenüber dem Vorjahr. In den ersten drei Quartalen lag das BIP-Wachstum bei 0,9 %. In den ersten zehn Monaten des laufenden Jahres sind die Einnahmen aus Öl und Gas im Vorjahresvergleich deutlich zurückgegangen. Allein im Oktober meldete das russische Finanzministerium einen Einbruch um 27 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat. Im November drückten neue Sanktionen die Exportpreise zusätzlich. Die jüngsten US-Sanktionen gegen Rosneft und Lukoil bremsen die russischen Ölexporte weiter; zahlreiche Raffinerien in China und Indien haben ihre Importe von russischem Öl vorläufig ausgesetzt.

Zwischen Jänner und September legte die Industrieproduktion um 0,7 % zu, während die Einzelhandelsumsätze um 2,1 % zurückgingen. Die Produktion im Rohstoffsektor lag insgesamt 2,0 % unter dem Vorjahresniveau. Im verarbeitenden Gewerbe verzeichnete im ablaufenden Jahr nennenswertes Wachstum nahezu ausschließlich die Rüstungs- und Pharmaindustrie; die meisten übrigen Branchen mussten Rückgänge gegenüber dem Vorjahreszeitraum hinnehmen.

Hohe Zinsen und anhaltend hohe Inflation dürften die Budgets der privaten Haushalte im nächsten Jahr weiter unter Druck setzen. Gleichzeitig könnten Sanktionen sowie niedrige Ölpreise die Exporterlöse weiter verringern und damit den Spielraum für staatliche Ausgaben einengen. Im Haushaltsentwurf für 2026 sind rund 40 % der Einnahmen für Rüstungs- und Verteidigungsausgaben vorgesehen. Gleichzeitig wurden die Sozialprogramme stark gekürzt, ihr Anteil an den Gesamtausgaben sank auf 25 %, den niedrigsten Stand der letzten 20 Jahre. Entscheidend für den weiteren

Verlauf sind vor allem die Ölpreisentwicklung, mögliche neue Sanktionen gegen Ölreexporte und der Fortschritt von Friedensverhandlungen. Die Wirtschaft dürfte in den kommenden Monaten nur langsam wachsen, der Verlust wichtiger Absatzmärkte und die langfristigen Folgen der Sanktionen dürften die russische Wirtschaft lange belasten. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 2025 und 2026 um 0,9 % bzw. 0,8 % zulegen. Für 2027 ist ebenfalls mit einer Expansion um 0,8 % zu rechnen.

Tabelle 3: Internationale Rahmenbedingungen
 Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2023	2024	2025	2026	2027
BIP, real					
Deutschland	–0,9	–0,5	0,1	1,0	1,4
Italien	1,0	0,7	0,5	0,7	1,0
Frankreich	1,4	1,2	0,8	1,0	1,3
Vereinigtes Königreich	0,3	1,1	1,4	1,2	1,2
Schweiz	0,8	1,4	1,1	1,2	1,3
USA	2,9	2,8	1,9	1,8	1,8
Japan	0,7	–0,2	1,1	0,8	0,7
China	5,4	5,0	5,0	4,5	4,3
Polen	0,2	3,0	3,3	3,0	2,8
Slowakei	2,1	1,9	0,8	1,5	1,9
Tschechien	0,0	1,2	2,5	2,2	2,3
Ungarn	–0,8	0,6	0,4	2,0	2,3
Slowenien	2,4	1,7	0,8	2,0	2,3
MOEL-5 ⁱ	0,3	2,2	2,4	2,5	2,5
Bulgarien	1,7	3,4	3,2	2,5	2,5
Rumänien	2,3	0,9	1,3	1,0	2,3
Kroatien	3,8	3,8	3,0	2,8	2,5
Russland	4,1	4,3	0,9	0,8	0,8
Euroraum	0,4	0,9	1,4	1,1	1,4
NMS-5 ⁱⁱ	0,5	2,0	2,5	2,4	2,5
EU-27	0,4	1,1	1,5	1,3	1,5
OECD	1,8	1,7	1,7	1,7	1,8
Welt	3,4	3,3	3,1	2,9	3,0
Welthandel (Waren laut CPB)	–0,9	2,5	4,5	2,3	2,3
Österreichische Exportmärkte	0,1	1,4	3,6	2,1	2,6
USD/EUR-Wechselkurs ⁱⁱⁱ	1,08	1,08	1,13	1,17	1,17
Rohölpreis (USD je Barrel Brent) ⁱⁱⁱ	82,6	80,5	69,2	62,1	62,4

ⁱ MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien

ⁱⁱ NMS-5: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien

ⁱⁱⁱ absolute Werte

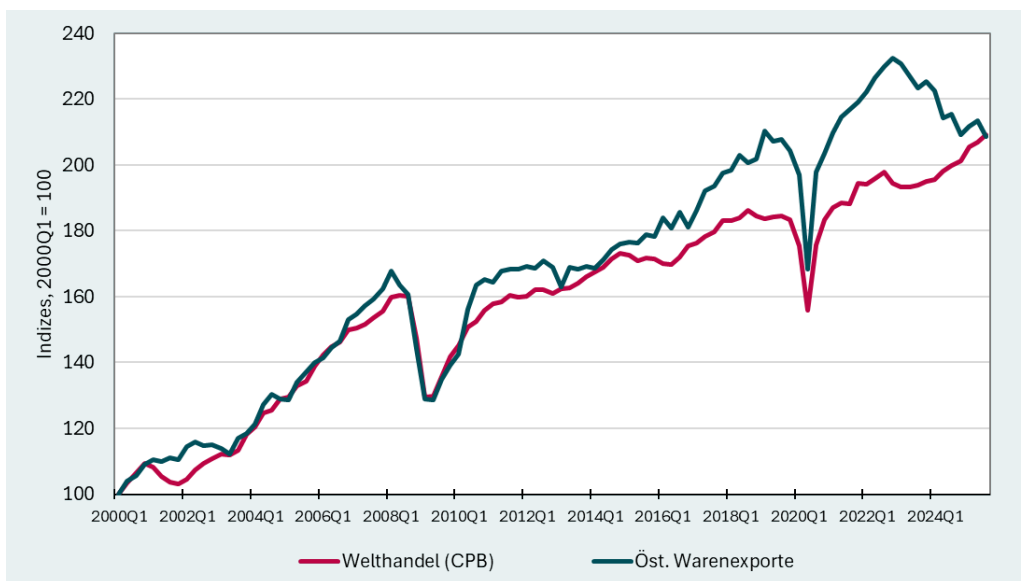
Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, LSEG Datastream, ab 2025 Prognose des IHS

3 Perspektiven der österreichischen Wirtschaft

3.1 Außenwirtschaft

Die Handelspolitik der Vereinigten Staaten zeigt ihre Auswirkungen auf Österreichs Außenwirtschaft. Nach einer vorübergehenden Stabilisierung sind die Warenexporte seit Sommer gesunken. Obwohl sich einige Vorlaufindikatoren ausgehend von einem niedrigen Niveau verbessert hatten, blieb ein Aufschwung aus. Demgegenüber hat sich der globale Warenhandel, vor allem getrieben durch den Handel Asiens, verbessert. Österreich entkoppelt sich momentan von dieser Entwicklung (Abbildung 9) und scheint besonders betroffen durch die engen Handelsbeziehungen mit den USA. Darüber hinaus blieb die Auslandsnachfrage insgesamt gedämpft, auch beim wichtigsten Handelspartner Deutschland, wo die Konjunktur bisher schwach war.

Abbildung 9: Entwicklung des Welthandels und der österreichischen Warenexporte

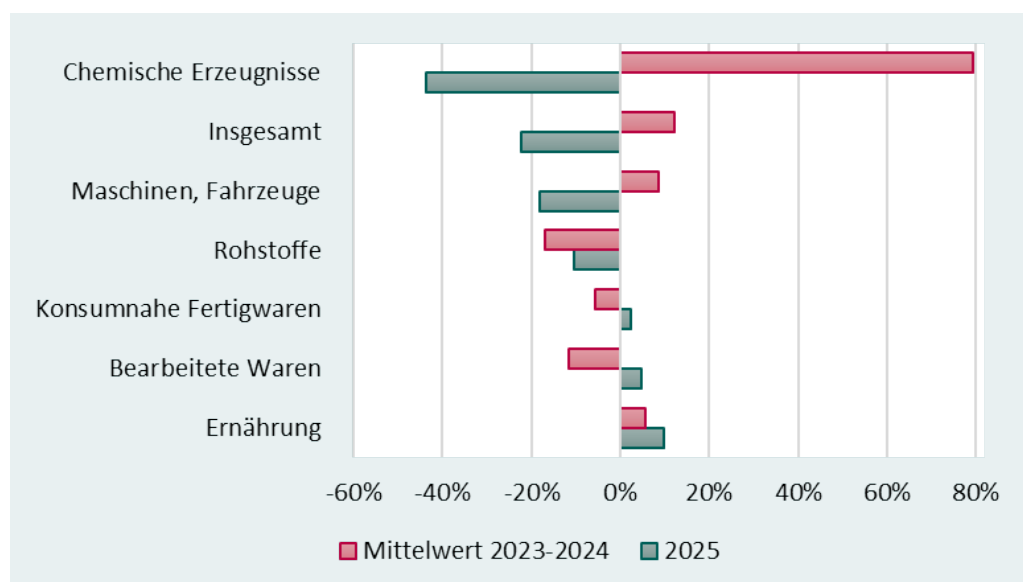


Quelle: CPB, Statistik Austria, eigene Berechnungen

Die österreichischen Warenausfuhren sinken seit dem Jahr 2023 in der Tendenz. Die Exporte in die USA konnten diese negative Entwicklung bis Ende 2024 abfedern. Der Anteil der USA und, wenngleich in deutlich geringerem Ausmaß, Chinas ist in den letzten Jahren gestiegen. Ein Grund war die im Vergleich zum Hauptabsatzmarkt Europa deutlich günstigere konjunkturelle Entwicklung auf den außereuropäischen Märkten. Wie Abbildung 10 verdeutlicht, hatte insbesondere der Pharma-Zyklus bis ins Jahr 2024 stark zu der Ausweitung der Exporte in die USA beigetragen. Mit der protektionistischen US-Handelspolitik fällt dieser stabilisierende Faktor für die

österreichischen Exporte weg. Hinzu kommt, dass China seinen Bedarf an Maschinen und Fahrzeugen zunehmend selbst deckt und darüber hinaus europäischen Unternehmen auf den Auslandsmärkten mehr und mehr Konkurrenz macht. Unmittelbar trifft dies Österreich nicht in dem Maß wie Deutschland, mittelbar über die Vorleistungsverflechtungen mit der deutschen Industrie aber schon. Zu diesen handelspolitischen Faktoren tritt der Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie in den vergangenen Jahren hinzu. Aus diesen Gründen ist für den Prognosezeitraum zwar eine graduelle Erholung der Exporte, aber kein exportgetriebener Aufschwung zu erwarten, wie er für frühere Konjunkturzyklen in Österreich typisch war.

Abbildung 10: Warenexporte in die USA nach Sektoren



Anmerkung: Nominelle Warenexporte laut Außenhandelsstatistik. Jährliche Veränderung in %. 2025: Jänner bis September.

Quelle: Statistik Austria

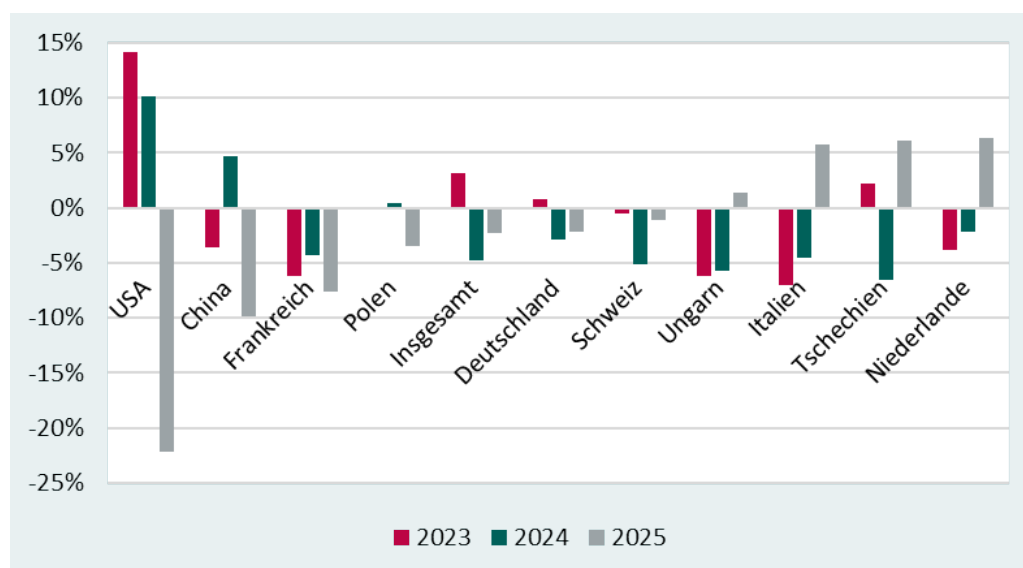
Im dritten Quartal gingen die realen Warenexporte um 2,3 % gegenüber dem Vorquartal zurück. Angesichts der seit Jahresbeginn zu beobachtenden Verbesserung einiger Vorlaufindikatoren war der starke Rückgang überraschend. So ließ etwa die optimistischere Einschätzung der Auslandsauftragsbestände in der heimischen Sachgüterindustrie eine Aufhellung der Warenexporte erwarten. Die Nachfrage aus Deutschland blieb allerdings schwach. Es wurden in den ersten neun Monaten des Jahres Waren im Wert von 42,0 Milliarden Euro nach Deutschland exportiert, was einem Rückgang von 2,2 % gegenüber der Vergleichsperiode im Vorjahr entsprach. Die Exporte von Maschinen und Fahrzeugen, der mit rund 38 % der Warenexporte nach Deutschland größten Produktgruppe, hatten sich zwar im ersten Halbjahr positiv entwickelt, allerdings in den Sommermonaten wieder einen Rückschlag erlitten und

somit über den gesamten Zeitraum nur einen leichten Zuwachs um 0,4 % verzeichnet. Chemische Erzeugnisse, Konsumnahe Güter und Bearbeitete Waren, die mit 10,5 %, 9,9 % und 22,0 % ebenfalls große Anteile an den gesamten Warenexporten nach Deutschland einnehmen, verzeichneten Rückgänge um 20,0 %, 4,5 % und 1,0 %.

Die Warenexporte in die USA sind infolge der US-Zollpolitik eingebrochen.¹ Die Ausfuhren beliefen sich seit Jahresbeginn auf 9,5 Milliarden Euro und lagen damit um 22,2 % unter dem Vergleichszeitraum im Vorjahr. Die stärksten Rückgänge verzeichneten die Ausfuhren von Chemischen Erzeugnissen (–43,8 %) sowie von Maschinen und Fahrzeugen (–18,2 %), während die Exporte von Bearbeiteten Waren (4,9 %) und von Konsumnahen Gütern (2,5 %) leichte Anstiege verbuchten. Mit einem Rückgang von 37,8 % gegenüber dem Vorjahr war der bislang stärkste Einbruch im dritten Quartal zu beobachten. Damit machte der Rückgang der Warenexporte in die USA rund 84 % des Rückgangs der gesamten Warenexporte zwischen Jänner und September gegenüber der Vergleichsperiode im Vorjahr aus. Insgesamt war die Bilanz im Handelspartnervergleich aber gemischt (Abbildung 11). Unter den wichtigsten Exportdestinationen verzeichneten China (–9,8 %), Frankreich (–7,6 %) und Polen (–3,5 %) starke Rückgänge, während die Warenexporte in die Niederlande (6,4 %), nach Tschechien (6,1 %) und nach Italien (5,8 %) zwischen Jänner und September anstiegen.

¹ Vergleiche dazu die Modellprognosen in Bonin et. al. (2025), Prognose der österreichischen Wirtschaft 2025-2029, Wirtschaftsprognose 138, Juli 2025.

Abbildung 11: Warenexporte nach Ländern



Anmerkung: Nominelle Warenexporte laut Außenhandelsstatistik. Jährliche Veränderung in %. 2025: Jänner bis September.

Quelle: Statistik Austria

Insgesamt ist die Auslandsnachfrage für eine kräftige Trendwende der Exportwirtschaft zu schwach. Zudem bleibt die Situation wohl durch die erratische Handelspolitik der USA und die damit verbundene Unsicherheit beeinflusst. Demzufolge ist auch die Prognose für die Außenwirtschaft mit hoher Unsicherheit behaftet. Der FIW Trade Indicator, der ein Signal über die Entwicklung des Warenaußenhandels am aktuellen Rand gibt, deutete zunächst auf eine Stabilisierung hin, allerdings zeigte er seit Juni wieder eine deutliche Verschlechterung an. Eine Erholung zeichnet sich nicht ab. Für das aktuelle Jahr wird ein Rückgang der realen Warenexporte um 2,6 % erwartet. Im Jahr 2026 dürften die Warenexporte um 0,8 % steigen und auch im Jahr 2027 mit einem Wachstum von 2,0 % noch unter dem langjährigen Trend bleiben.

Zwischen Jänner und August 2025 wurden laut Außenhandelsstatistik Waren im Wert von 145,5 Milliarden Euro importiert und von 140,6 Milliarden Euro exportiert. Das Handelsbilanzdefizit belief sich daher auf 4,9 Milliarden Euro. Damit erwies sich der Handelsbilanzüberschuss des vergangenen Jahres als kurzlebig, was aber nicht nur eine Folge der schwachen Warenexporte war, sondern insbesondere durch die Erholung der Warenimporte verursacht wurde. Die anziehende Inlandsnachfrage führte zu einer höheren Nachfrage nach importierten Waren. Für das ablaufende Jahr wird ein Anstieg der realen Warenimporte um 1,2 % prognostiziert. Für die Jahre 2026 und 2027 werden Anstiege um 0,9 % bzw. 2,3 % erwartet.

Der Tourismus verlief mit 102 Millionen ausländischen Nächtigungen bis inklusive Oktober und einem Anstieg um 1,3 % gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr positiv. Wien verzeichnete bis inklusive Oktober mit 13,4 Millionen Nächtigungen von ausländischen Gästen wieder einen kräftigen Zuwachs um 6,9 % gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr. Allerdings dürfte die reale Reiseverkehrsentwicklung hinter dem Nächtigungszuwachs zurückbleiben. Ein Grund dafür dürften die hohen Preisanstiege in Gastronomie und Beherbergung sein. Das Institut rechnet für das Jahr 2025 mit einem Rückgang der realen Reiseverkehrsexporte um 1,0 %. Für die Jahre 2026 und 2027 wird wieder eine leichte Expansion um jeweils 2,0 % erwartet. Insgesamt wird für das laufende Jahr ein Rückgang der realen Exporte i. w. S. um 1,6 % prognostiziert. Für die beiden Folgejahre wird eine Erholung und damit ein moderater Anstieg um 1,2 % bzw. 2,1 % erwartet. Für die realen Importe i. w. S. wird im laufenden Jahr ein Anstieg um 1,3 % prognostiziert. Für die Jahre 2026 und 2027 geht das Institut von Zuwächsen um 1,2 % bzw. 2,2 % aus.

3.2 Privater Konsum

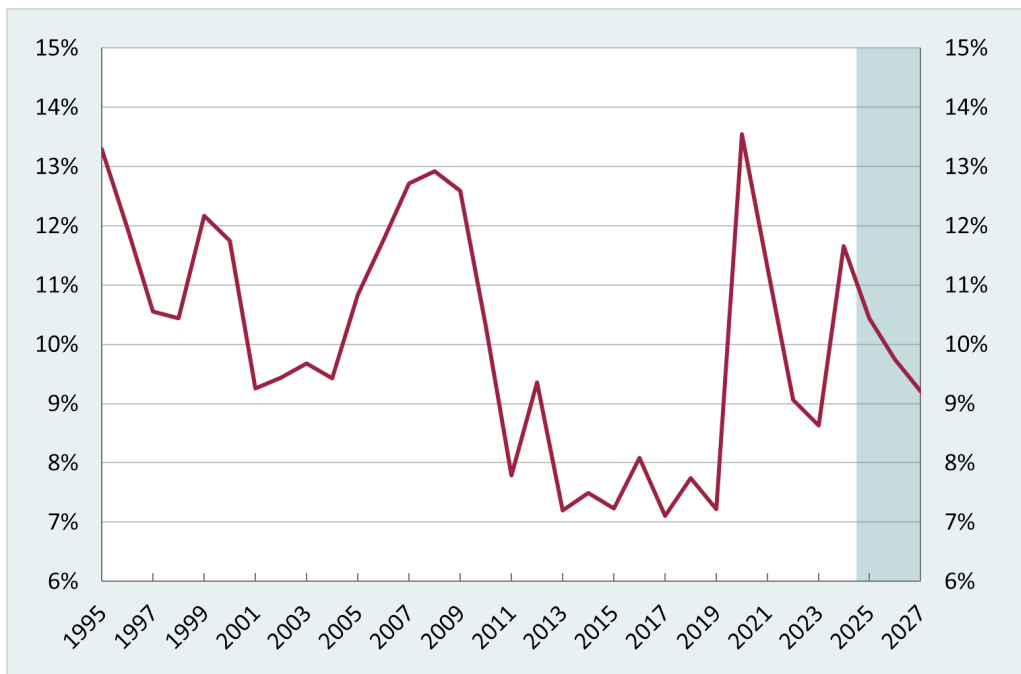
Im ablaufenden Jahr haben die österreichischen Haushalte allmählich zu ihrem gewohnten Konsumverhalten zurückgefunden. Noch waren einige Frühindikatoren uneinheitlich — bei den monatlich verfügbaren Einzelhandelsumsätzen wechselten sich reale Zuwächse mit Rückgängen ab — insgesamt aber überwog der Eindruck einer Konsolidierung der Stimmung. Hier passen auch die fortgesetzt ungewohnt starken Daten über die Neuzulassung von Kraftfahrzeugen in das Gesamtbild, die oft zweistellige Wachstumsraten im Vergleich zu Vorjahreswerten erreichten. Es ist zu erwarten, dass sich diese Tendenz zur Wiederaufnahme der Anschaffung von Konsumgütern und auch Dienstleistungen in der Folgezeit fortsetzt.

Zur Befriedigung ihrer Konsumbedürfnisse werden die Haushalte nicht ohne Rückgriffe auf angesparte Vermögen auskommen, denn die Entwicklung der Realeinkommen bleibt bis zum Ende des Prognosezeitraums schwach. Im ablaufenden Jahr sind die real verfügbaren Haushaltseinkommen sogar um 0,7% geschrumpft, im kommenden Jahr werden sie stagnieren. Erst für das Jahr 2027 weist die IHS-Prognose wieder einen bescheidenen Zuwachs von 0,4 % aus. Demgegenüber expandiert der reale Konsum der Haushalte in allen drei Jahren um knapp 1 %. Im Einzelnen wird für heuer ein Wachstum von 0,8 % ausgewiesen, im kommenden Jahr nochmals 0,8 % und dann 1,0 %. Aus dieser Diskrepanz ergibt sich eine kontinuierlich fallende Haushaltssparquote.

Diese Entwicklungen sind in Zusammenhang mit der Haushaltsreaktion des Vorjahres zu sehen, als gute Lohnzuwächse bei sich abschwächendem Preisauftrieb die

Kaufkraft real stark erhöhten, der Ausgabenspielraum aber nicht ausgeschöpft wurde und die Haushaltssparquote massiv anstieg. Ähnliche Episoden der Konsumzurückhaltung sind auch in anderen europäischen Ländern beobachtet worden und werden oft damit begründet, dass die inflationären Tendenzen der jüngsten Vergangenheit eine Wirtschaft trafen, die anders als während der historischen OPEC-Ölkrise diesen Preisauftrieb nicht mehr gewohnt war. Vor allem die Unsicherheit, welche Kategorien an Gütern und Diensten von den Preissteigerungen betroffen sind, verursacht andauernde Nachfragezurückhaltung. Auch nach Beruhigung der Inflation wirkt der Schock fort. Die Haushalte benötigen daraufhin eine weit längere Zeit, um ihr Vertrauen wieder aufzubauen und zu ihren Konsumgewohnheiten zurückzufinden.

Abbildung 12: Sparquote der privaten Haushalte



Quelle: Statistik Austria, ab 2025 Prognose des IHS

Abbildung 12 zeigt die Entwicklung der Haushaltssparquote über die letzten Jahrzehnte. Diese Kenngröße befand sich zwischen 2013 und 2019 in einer Talsohle bei gut 7 %. Seither dürfte sie nachhaltig angestiegen sein, bei einem unruhigen und oft schwer einschätzbaren Verlauf. Besonders auffällig sind zwei Spitzenwerte, der erste durch das Zwangssparen während der Pandemie, der zweite im Vorjahr mit seiner starken und bereits erwähnten Konsumzurückhaltung. Im Prognosezeitraum fällt die Haushaltssparquote von dem im Jahr 2024 erreichten Spitzenwert von 11,7 % wieder ab, wobei sie einem einstelligen Wert zuzustreben scheint. Für dieses mittelfristige dynamische Gleichgewicht sind derzeit knapp 9 % plausibel.

Das im Vergleich kleine Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter** expandiert im ablaufenden Jahr um 0,5 %, also etwas langsamer als der Konsum der Haushalte und auch ein wenig schwächer als noch in der Herbst-Prognose ausgewiesen. Für die beiden Folgejahre wird diese Wachstumsrate mit jeweils 1,0 % prognostiziert. Der Einschluss der Non-Profit-Dienste in den privaten Konsum kann zu geringfügigen Änderungen der ausgewiesenen Wachstumsraten führen. Für den privaten Konsum insgesamt ergeben sich in den beiden kommenden Jahren Zuwächse von 0,8 % und 1,0 %, also eine vom Konsum der Haushalte kaum unterscheidbare Dynamik.

3.3 Investitionen

Im ablaufenden Jahr haben sich die **realen Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen** erholt. Im Durchschnitt der ersten drei Quartale waren sie um 3,6 % höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. Dabei wurden die Anschaffungen von Fahrzeugen um 7,4 %, die Investitionen in Güter der Informations- und Kommunikationstechnologie um 1,0 % sowie die Investitionen in andere Maschinen und Geräte um rund 9 % ausgeweitet. Hingegen waren die Investitionen in geistiges Eigentum, die üblicherweise stärker zulegen als die Anschaffungen von Maschinen und Geräten, um 0,2 % niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum.

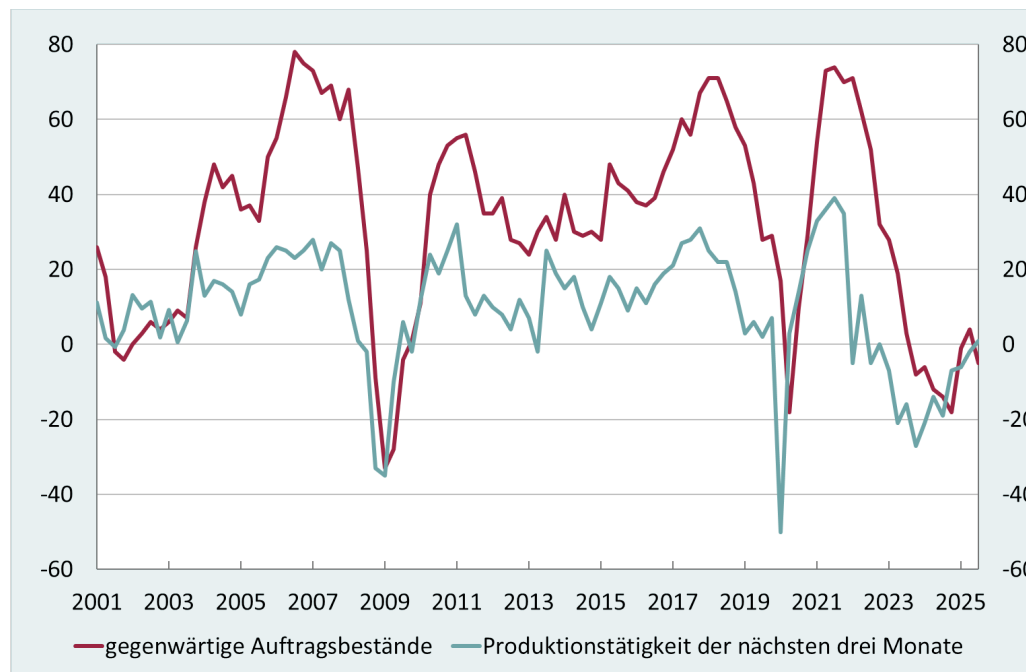
Im Prognosezeitraum verbessern sich die Rahmenbedingungen für die Ausrüstungsinvestitionen allmählich. Die Erwartungen der heimischen Industrieunternehmen hinsichtlich der künftigen Produktionstätigkeit haben sich in den vergangenen Monaten etwas aufgehellt (Abbildung 13). Hingegen hat die Erholung der Beurteilung der Auftragsbestände zuletzt einen Dämpfer erhalten, und auch die Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie ist im vierten Quartal wieder gesunken (Abbildung 14). Sie ist weiterhin deutlich niedriger als im langjährigen Durchschnitt. Das nach wie vor geringe Niveau der Kapazitätsauslastung, der Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit in den vergangenen Jahren, die gestiegenen US-Importzölle und die hohe handelspolitische Unsicherheit bremsen die Erholung der Ausrüstungsinvestitionen. Das Finanzierungsumfeld für die Unternehmen verbessert sich hingegen. Gemäß der vom Eurosystem durchgeführten Umfrage zum Kreditgeschäft hat sich die Kreditangebotspolitik der Banken seit Mitte 2025 entspannt. Insbesondere wurden die Zinsen und Margen für nicht überdurchschnittlich riskante Kredite gesenkt. Die Zinsen für Unternehmenskredite sind mit den Leitzinssenkungen der EZB seit Anfang 2024 um rund 1,5 Prozentpunkte gesunken, was die Sachkapitalbildung stützt. Die temporäre Erhöhung des Investitionsfreibetrags bis Ende 2026 dürfte dazu beitragen, dass Investitionen vorgezogen werden, was die Sachkapitalbildung im Jahr 2026 stützt, während die Investitionen im Jahr 2027 niedriger ausfallen

dürften als ohne diese Maßnahme. Alles in allem ist für die beiden kommenden Jahre eine Fortsetzung der Erholung der Ausrüstungsinvestitionen zu erwarten. Die weiterhin bestehenden hemmenden Faktoren stehen aber einem kräftigen Investitions-wachstum, wie es für frühere konjunkturelle Aufschwungphasen typisch war, entgegen. Die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen dürften in den Jahren 2026 und 2027 jeweils um 2,0 % expandieren, nach 3,0 % im ablaufenden Jahr.

Beim Deflator der Ausrüstungsinvestitionen hat sich der Anstieg im Jahresverlauf leicht abgeschwächt. Mit 2,7 % im Jahresabstand war der Preisauftrieb im dritten Quartal aber noch immer im historischen Vergleich kräftig. Im langjährigen Durchschnitt steigt dieser Preisindex um rund 1 % pro Jahr. Mit den im Allgemeinen gesunkenen Rohstoffpreisen und dem stärkeren Außenwert des Euro dürfte sich der Anstieg des Deflators der Ausrüstungsinvestitionen im Prognosezeitraum allmählich abschwächen. Für die beiden kommenden Jahre beläuft sich die Prognose auf 2,5 % bzw. 2,0 %, nach 3,0 % im zu Ende gehenden Jahr.

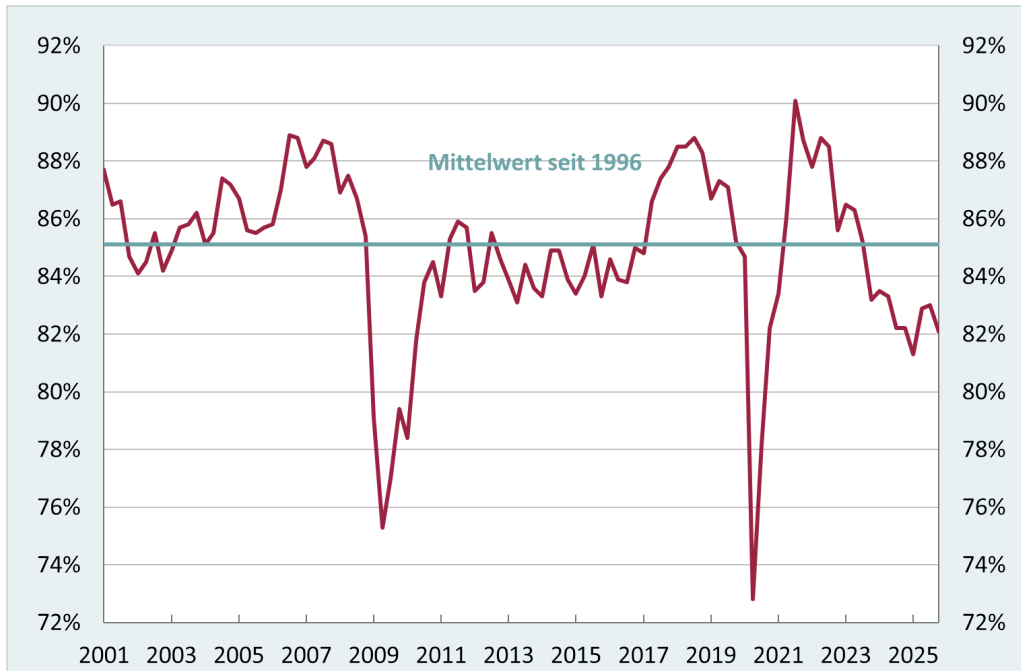
Abbildung 13: Beurteilung der Auftragsbestände und der Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate

Saldo aus positiven und negativen Antworten



Quelle: Industriellenvereinigung

**Abbildung 14: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie
saisonbereinigt**



Quelle: Europäische Kommission

Der Rückgang der **realen Bauinvestitionen** setzte sich im Jahr 2025 fort. Im Durchschnitt der ersten drei Quartale waren sie um 2,0 % niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Dabei war die Entwicklung zwischen den Bausparten weiterhin gespalten. Während die Wohnbauinvestitionen um 5,4 % zurückgingen, wurden die sonstigen Bauinvestitionen um 1,7 % ausgeweitet. Im dritten Quartal setzte sich der Rückgang der Wohnbauinvestitionen mit 1,3 % gegenüber dem Vorquartal in fast unverändertem Tempo fort, während die sonstigen Bauinvestitionen um 0,7 % stiegen.

Im Prognosezeitraum dürften sich auch die Wohnbauinvestitionen allmählich erholen. Von einem sehr niedrigen Niveau ausgehend ist die Zahl der Baubewilligungen für neue Wohnungen im Jahr 2024 um rund 9 % gestiegen, und mit einem Anstieg um 13,4 % setzte sich der positive Trend im ersten Halbjahr 2025 fort. Gestützt werden die Bauinvestitionen durch die niedrigeren Zinsen, die im Zuge der Zinswende der EZB seit Anfang 2024 sinken. Gleichwohl blieb der Rückgang bei den Zinsen für Wohnbaukredite hinter dem Ausmaß der Leitzinssenkungen zurück. Die Nachfrage nach Wohnbaukrediten steigt seit dem Jahr 2024, ausgehend von einem historischen Tief. Nachdem der Anstieg bei der Kreditnachfrage zunächst moderat war, hat er sich in den ersten drei Quartalen 2025 verstärkt. Gemäß der Umfrage zum Kreditgeschäft haben die Banken im dritten Quartal 2025 die Kreditbedingungen weiter gelockert,

wobei insbesondere die Kreditzinsen und die Margen für nicht überdurchschnittlich riskante Kredite gesenkt wurden.

Die Bauinvestitionen der Unternehmen dürften im Prognosezeitraum im Zuge der langsamen Erholung der Ausrüstungsinvestitionen ebenfalls Tritt fassen. Der Tiefbau profitiert vom Ausbau der Stromnetze und der digitalen Infrastruktur sowie vom Erhalt und dem Ausbau des Schienen- und des Straßennetzes. Die Bauinvestitionen der Gebietskörperschaften und der ÖBB kommen allerdings durch die notwendige Budgetkonsolidierung unter Druck. Alles in allem dürften die realen Bauinvestitionen im kommenden Jahr um 1,0 % und im Jahr 2027 um 1,5 % steigen, nach einem Rückgang um 2,0 % im zu Ende gehenden Jahr.

Der Anstieg der Baupreise hat sich im ablaufenden Jahr bis zum Sommer deutlich abgeschwächt. Zuletzt sind die Preise aber wieder etwas stärker gestiegen. Im Durchschnitt der ersten drei Quartale war der Deflator der Bauinvestitionen um 1,3 % höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. Im Tiefbau stiegen die Preise im ersten Quartal um 0,7 % und im zweiten und dritten Quartal jeweils um 0,9 %. Im Hochbau belief sich der Anstieg auf 0,1 % im ersten Quartal sowie jeweils 1,0 % im zweiten und dritten Quartal. Auch bei den Baukosten hat sich die Entspannung im Herbst nicht fortgesetzt. Sie stiegen im Oktober etwas stärker als im September. Im Prognosezeitraum werden die Preise für viele Baumaterialien wohl maßvoll steigen. Recht deutlich nehmen die Lohnkosten zu. Insgesamt dürfte der Deflator der Bauinvestitionen in den beiden kommenden Jahren um 1,5 % bzw. 2,0 % zulegen, nach 1,3 % im ablaufenden Jahr.

Aus der Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen ergibt sich für die **Bruttoanlageinvestitionen** ein Anstieg um 1,6 % im kommenden Jahr bzw. 1,8 % im Jahr 2027, nach 0,7 % im ablaufenden Jahr. Die Investitionsquote, gemessen als Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am nominellen BIP, dürfte von 23,5 % im vergangenen Jahr marginal auf 23,7 % im Jahr 2027 steigen. Die gesamten realen **Bruttoinvestitionen** (Anlageinvestitionen plus Lagerbestandsveränderungen) dürften im ablaufenden Jahr um rund 5 % gestiegen sein. In den beiden kommenden Jahren werden sie voraussichtlich um 2,4 % bzw. 2,3 % expandieren.

3.4 Öffentliche Haushalte

Die Lage der **öffentlichen Haushalte** bleibt angespannt. Das Institut rechnet für das ablaufende Jahr mit einem Defizit von 4,4 % des nominellen BIP. Für die Folgejahre wird ein leichter Rückgang des Defizits auf 4,2 % und 4,0 % erwartet. Das Doppelbudget 2025/26 ist von der Haushaltskonsolidierung der Bundesregierung geprägt. Die Finanzpolitik hat Mehreinnahmen durch Steuer- und Sozialabgaben-Erhöhungen

beschlossen und Ausgaben durch die Abschaffung des Klimabonus, der Bildungskarenz sowie durch Kürzungen von Förderungen reduziert. Seit Herbst zeigt sich jedoch, dass der geplante Budgetpfad für Länder und Gemeinden voraussichtlich nicht einzuhalten ist. Nach Verhandlungen über den Österreichischen Stabilitätspakt dürfen Länder und Gemeinden bis zum Jahr 2029 höhere Defizite aufweisen. Beim gegebenen Budgetpfad bedeutet dies jedoch einen höheren Spardruck für den Bund. Aktuell besteht hohe Prognoseunsicherheit hinsichtlich der Finanzlage von Ländern und Gemeinden. Daten in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen stehen unterjährig nicht zur Verfügung. Dies erschwert erheblich eine Abschätzung der gesamtsstaatlichen Haushaltslage.

Unterjährige Informationen des Finanzministeriums deuten darauf hin, dass der Bund den Budgetrahmen für das zu Ende gehende Jahr eingehalten hat. Gleichwohl wurden eine Reihe von Konsolidierungsmaßnahmen erst in der zweiten Jahreshälfte umgesetzt (zum Beispiel die Abschaffung des Klimabonus) oder sind erst im Jahresverlauf graduell in den Budgetdaten sichtbar geworden (Einnahmen aus der Stabilitätsabgabe und dem Energiekrisenbeitrag). Zudem haben Bund, Länder und Gemeinden Gebühren erhöht. Der Beschluss über die Pensionsanpassung 2026 sieht eine durchschnittliche Steigerung unterhalb der rollierenden Inflation vor. Pensionsansprüche über 2.500 Euro werden lediglich um einen Sockelbetrag angehoben. Erstmalige Pensionsanpassungen werden nur anteilig vorgenommen (Aliquotierung). Dies entlastet das Budget im kommenden Jahr. Die Gehälter der öffentlich Bediensteten wurden neu verhandelt. Die bereits vereinbarte Anhebung um 3,3 % wurde auf Juli 2026 verschoben und gilt bis Juni 2027. Ab Juli 2027 bis Ende 2028 sollen die Entgelte um 1 % ansteigen. Somit ergeben sich größere Entlastungen für das Budget. Darüber hinaus sollen der Nutzen und die Zielgenauigkeit von Förderungen überprüft werden, um in der Folge weitere Einsparungen zu beschließen.

Die Regierung plant erneut Entlastungen für Unternehmen und private Haushalte bei den Energieabgaben. Die dafür erforderlichen Finanzmittel sollen durch eine Sonderdividende bei staatlich kontrollierten Unternehmen bereitgestellt werden. Das IHS kritisiert eine pauschale Reduzierung der Energieabgaben aus finanzpolitischer Sicht, da diese nicht zielgerichtet ist. In Zeiten einer angespannten Finanzlage sollten Entlastungen auf einkommensschwache Haushalte ausgerichtet werden. Mit Blick auf die Inflation lässt sich sagen, dass der dämpfende Effekt geringerer Abgaben nur von vorübergehender Dauer sein wird, wenn die Maßnahme im Folgejahr nicht fortgeführt wird. Eine nachhaltige Entlastung würde wohl nur eintreten, wenn durch mehr Wettbewerb das Niveau der Energiepreise dauerhaft sinken würde.

Das Institut erwartet, dass die Schuldenquote im ablaufenden Jahr auf 81,7 % des BIP angestiegen ist und in den Folgejahren weiter auf 83,5 % und 85,1 % zunimmt. Die

Europäische Kommission hat im Sommer ein Defizitverfahren eingeleitet mit dem Ziel, dass das Maastricht-Defizit bis zum Jahr 2028 unter die Schwelle von 3 % des nominellen BIP sinkt. Zur nachhaltigen Stabilisierung der öffentlichen Finanzen müssen die im Bundesfinanzrahmengesetz angekündigten Konsolidierungsmaßnahmen in den kommenden Jahren konsequent umgesetzt werden. Ebenso sind verstärkte Anstrengungen von Ländern und Gemeinden zur Reduzierung ihres Beitrags zum gesamtstaatlichen Defizit erforderlich. Erste Reformen, wie bei der Wohnbauförderung und der Mindestsicherung in Wien, dürfen nur der Anfang sein, wenn die Budgetziele erreicht werden sollen.

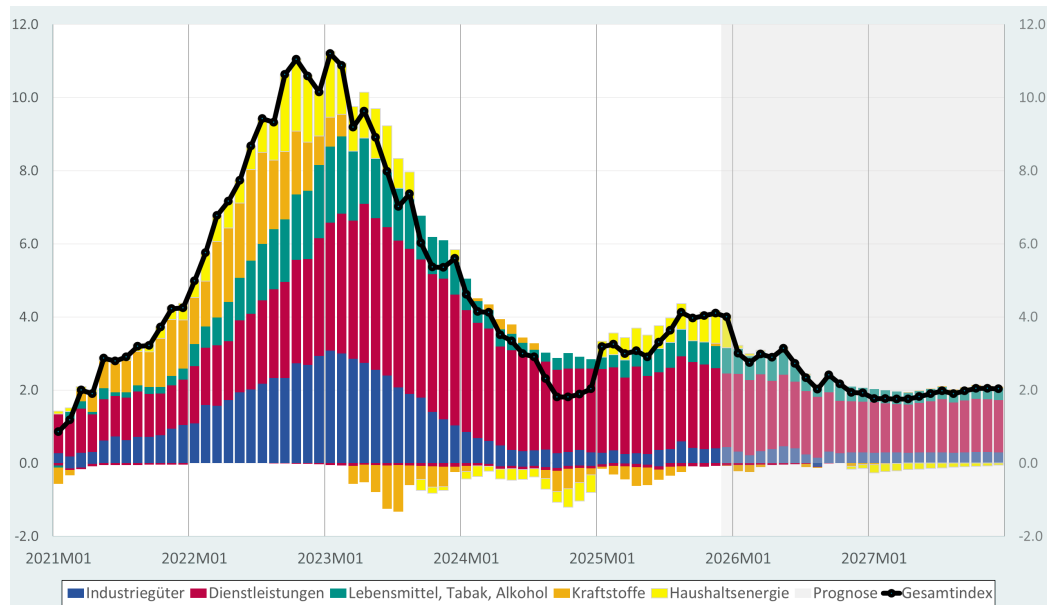
3.5 Löhne und Inflation

Der Zuwachs der Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten fiel in den ersten drei Quartalen 2025 mit 3,9 % historisch betrachtet immer noch stark aus. Nach den sehr hohen Raten im Jahr 2024 im Zuge der Hochinflationsphase normalisiert sich das Lohnwachstum nun aber wieder. Die Lohndrift dreht aktuell leicht ins Minus, da die Effektivlöhne etwas hinter den Tariflöhnen zurückbleiben. Am aktuellen Rand zeichnet sich in Folge der vorübergehend angezogenen Inflation wieder eine steigende rollierende Inflation ab, die neben der Produktivitätsentwicklung als wichtiger Referenzwert für die Lohnverhandlungen dient. Allerdings wurde bei den Kollektivvertragsverhandlungen in der Metallbranche das schwierige wirtschaftliche Umfeld berücksichtigt. Der Abschluss war mit 1,4 % (zuzüglich Einmalzahlungen) niedriger als angesichts der Inflation zu erwarten. Dieses Signal wurde auch in den nachfolgenden Lohnverhandlungen aufgegriffen. So schloss der Handel mit 2,55 % unter dem ursprünglich vereinbarten 2,9 % ab. Im Öffentlichen Dienst wird die Lohnerhöhung um 3,3 % auf Mitte 2026 verschoben, und in den folgenden beiden Jahren werden die Entgelte jeweils um rund 1 % erhöht. Das IHS geht daher in der vorliegenden Prognose von einem Nominallohnzuwachs von 2,0 % im Jahr 2026 und 1,8 % im Jahr 2027 aus, nach 3,7 % im Jahr 2025. Gegeben die Inflationsentwicklung impliziert dies einen Reallohnzuwachs von knapp 1 % im Jahr 2025 und leichte Reallohnverluste (–0,5 % bzw. –0,2 %) in den beiden kommenden Jahren.

Erwartungsgemäß ist mit dem Auslaufen der Stromkostenbremse und anderer vorübergehender Maßnahmen im Bereich der Energie die Inflation (gemessen am Verbraucherpreisindex) zu Jahresbeginn 2025 wieder auf über 3 % gestiegen (Abbildung 15). Die „Grundlast“ der Inflation entstammt mit nahezu konstanten zwei Prozentpunkten allerdings immer noch dem Bereich der Dienstleistungen. Im Sommer hat sich die Teuerung noch einmal überraschend beschleunigt und verharrt seitdem bei rund 4 %. Insbesondere die Lebensmittelpreise steigen schneller als erwartet und auch stärker als im europäischen Umfeld. Die Preissenkungen beim Rohöl kommen

nicht vollständig bei den heimischen Tankstellen an, was angesichts des schwachen US-Dollar noch mehr verwundert. Entgegen den Erwartungen scheint auch der Preisauftrieb bei den lohnkostenintensiven Dienstleistungen trotz langsamer steigender Lohnstückkosten nicht nachgelassen zu haben. Zusätzlicher Preisdruck geht von der Erhöhung von Gebühren aus. Für das Jahr 2025 geht das Institut daher von einer Inflationsrate von 3,6 % aus. Erst mit Jänner 2026 fällt das Auslaufen der Stromkostenbremse und ihrer Begleitmaßnahmen endgültig aus der Berechnung der Inflationsrate heraus, sodass sich mit Jahresbeginn 2026 schlagartig eine niedrigere Inflationsrate einstellen dürfte. Ein geringerer Anstieg der Lohnstückkosten sowie niedrigere Energiepreise an den Terminmärkten dürften die Inflationsrate im nächsten Jahr weiter senken. Alles in allem wird eine Inflation von 2,5 % im Jahr 2026 und 1,9 % im Jahr 2027 prognostiziert.

Abbildung 15: Inflation und Beiträge der Komponenten zur Inflation in Österreich
Inflationsrate in Prozent; Inflationsbeträge in Prozentpunkten

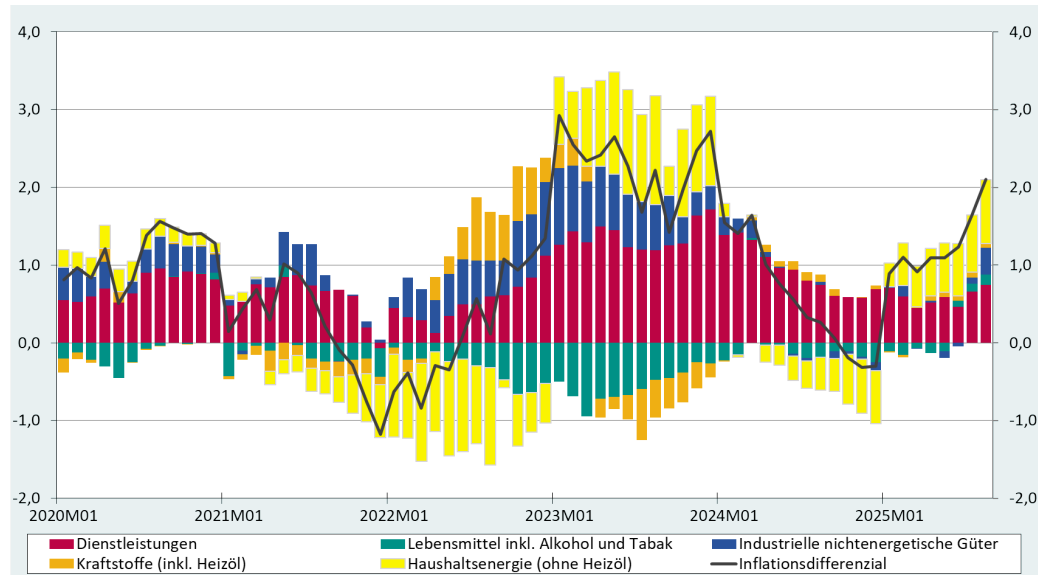


Prognose basiert auf Subaggregaten des VPI; es kann zu Rundungsdifferenzen bei Summenbildung kommen. Heizöl wird dem Bereich Kraftstoffe zugerechnet und nicht dem Bereich Haushaltsenergie.
Quelle: Statistik Austria, ab Dezember 2025 Prognose des IHS

Die harmonisierte Inflationsrate in Österreich dürfte im Jahresdurchschnitt 2025 mit 3,6 % um rund eineinhalb Prozentpunkte höher liegen als im Euroraumdurchschnitt. Neben dem oben genannten Auslaufen der fiskalischen Maßnahmen tragen auch die Dienstleistungspreise wesentlich zur Spreizung des Differenzials bei (Abbildung 16). Zuletzt stiegen die Preise von Lebensmitteln und Industriegütern in Österreich auch noch einmal schneller als im Euroraumdurchschnitt, was das Differenzial zusätzlich

ausweitete. Im Jahr 2026 dürfte sich der Abstand zum Euroraumdurchschnitt wieder auf rund einen halben Prozentpunkt verkleinern.

Abbildung 16: Struktur des Inflationsdifferenzials zum Euroraum



Quelle: Statistik Austria, Eurostat, eigene Berechnungen

3.6 Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt hat sich im ablaufenden Jahr robust entwickelt. In saisonbereinigter Betrachtung stagniert die Beschäftigung seit Jahresbeginn. Sektoral zeigen sich aber deutliche Unterschiede. Die Verluste in der Industrie wurden durch zusätzliche Arbeitsplätze im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen kompensiert. Nachdem die saisonbereinigte Arbeitslosenquote bis März noch leicht angestiegen war, pendelte sie seit April zwischen 7,4 % und 7,5 %. Mit der Festigung der Konjunktur sollte die Beschäftigungsdynamik im weiteren Prognosezeitraum etwas an Fahrt gewinnen, und die Arbeitslosigkeit dürfte im Verlauf des kommenden Jahres wieder zu sinken beginnen. Laut Prognose wird die Beschäftigung in den kommenden beiden Jahren um 0,5 % bzw. 0,6 % zulegen. Ausgehend von 7,4 % dürfte die Arbeitslosenquote in den nächsten beiden Jahren auf 7,3 % bzw. 7,1 % sinken. Mit der anziehenden Beschäftigungsnachfrage werden Fachkräfteengpässe voraussichtlich wieder an Bedeutung gewinnen.

Seit Jahresbeginn liegt die Beschäftigung geringfügig über dem Vorjahresniveau. So stieg im November die Zahl der **Aktiv-Beschäftigten** im Jahresabstand um 6.600 Personen (0,2 %). Gestützt von der Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters erhöhte sich die Frauenbeschäftigung um 13.800 Personen, die der Männer fiel um

7.100. In sektoraler Betrachtung gingen in der Sachgüterproduktion Arbeitsplätze verloren (–1,7 %), während die Beschäftigung im Dienstleistungsbereich weiterhin zulegte (0,6 %). Kräftig expandierten die öffentlichen Dienstleistungen, hingegen gingen im Handel Arbeitsplätze verloren. Mit der weiteren Festigung der Konjunktur dürfte die Beschäftigungsdynamik wieder an Fahrt gewinnen. Nach 0,2 % im ablaufenden Jahr wird laut Prognose die Beschäftigung in den Jahren 2026 und 2027 um 0,5 % bzw. 0,6 % zunehmen. Bremsend wirken dabei die demografische Entwicklung und die Budgetkonsolidierung.

Tabelle 4: Arbeitsmarktentwicklung Jänner bis November 2025

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

	in Köpfen	in Prozent
Beschäftigte	4.306	0,1 %
Männer	–7.162	–0,3 %
Frauen	11.468	0,6 %
Aktiv-Beschäftigte ⁱ	6.814	0,2 %
Primärer Sektor	1.179	1,5 %
Sachgüterproduktion	–13.192	–2,1 %
Bau	–1.537	–0,6 %
Dienstleistungssektor	20.307	0,7 %
Arbeitslose	20.557	7,0 %
Männer	9.018	5,4 %
Frauen	11.539	9,1 %
Personen in Schulungsmaßnahmen des AMS	1.203	1,6 %

ⁱ ohne Personen mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis, die Kindergeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten

Quelle: Dachverband der Sozialversicherungsträger, AMS, eigene Berechnungen

In der zweiten Jahreshälfte hat sich der Anstieg der **vorgemerkten Arbeitslosen** verlangsamt; so waren im November 16.000 Personen bzw. 5,2 % mehr als im Vorjahr vorgemerkt. Dabei stieg die Arbeitslosigkeit bei den Frauen (7,4 %) etwas stärker als bei den Männern (3,5 %). In sektoraler Betrachtung legte die Arbeitslosenzahl breitflächig zu. Überdurchschnittlicher Zuwächse verzeichnete dabei der Dienstleistungsbereich.

Mit der Festigung der Konjunktur und dem nur langsam steigenden Arbeitskräftepotenzial dürfte die Arbeitslosenzahl im Verlauf des kommenden Jahres zu sinken beginnen. Ausgehend von 318.900 vorgemerkten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2025 dürfte die Zahl der Arbeitslosen in den nächsten beiden Jahren auf 313.000 bzw. 307.900 zurückgehen. Dies impliziert für die (nationale) Arbeitslosenquote Werte von 7,3 % bzw. 7,1 %, nach 7,4 % im ablaufenden Jahr. Ausgehend von 5,6 % im Jahresdurchschnitt 2025 dürfte die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition auf 5,5 % bzw. 5,4 % sinken.

Der aufgrund der Demografie schwächere Anstieg des Arbeitskräfteangebots hat zwar geholfen, die Zunahme der Arbeitslosigkeit in der Rezession zu beschränken. Mit der Konjunkturerholung könnten aber wieder Fachkräfteengpässe auftreten, die das Potenzialwachstum bremsen. Zusätzlich bringen Digitalisierung und ökologische Transformation der Wirtschaft weitere Qualifikationsanforderungen für die Arbeitskräfte mit sich. Vor diesem Hintergrund ist die aktive Arbeitsmarktpolitik gefordert, die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitslosen, aber auch der Beschäftigten, durch gezielte Unterstützungsmaßnahmen zu erhöhen. Durch den Ausbau von Maßnahmen mit Präventionscharakter, etwa im Bereich frühkindliche Bildung, Erwerb von schulischen Grundkompetenzen oder bei der Gesundheitsförderung, könnten längerfristig zusätzliche Beschäftigungspotenziale geschaffen werden. Gegeben die aktuelle Budgetsituation ist es aber jedenfalls notwendig, die Mittel für Arbeitsmarktpolitik effizient einzusetzen.

3.7 Monetäre Entwicklungen

Die Europäische Zentralbank hat im ersten Halbjahr ihre Zinsen in vier Schritten um insgesamt einen Prozentpunkt gesenkt, anschließend wurden sie konstant gehalten. Auch die Bank of England, die Schweizerische Nationalbank und die US-Notenbank Fed haben im ablaufenden Jahr ihre Leitzinsen gesenkt. Der Einlagesatz im Euroraum liegt damit gegenwärtig bei 2 %, das Zielband für Taggeld in den USA beträgt 3,5 % bis 3,75 % und im Vereinigten Königreich liegt der Repo-Satz bei 4 %. Die Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI, ist von ihrem Höhepunkt im Oktober 2022 zwei Jahre später auf Werte um 2 % zurückgekehrt und betrug im November 2,2 %. Die Inflationsrate liegt damit knapp oberhalb der EZB-Zielmarke von 2 %. Für die Jahresdurchschnitte 2025, 2026 und 2027 erwartet das IHS im Euroraum Inflationsraten von 2,2 %, 2,1 % bzw. 1,9 %.

Tabelle 5: Leitzinsen

	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2022	2	4,25 – 4,5	3,5	1	–0,1
Ende 2023	4	5,25 – 5,5	5,25	1,75	–0,1
Ende 2024	3	4,25 – 4,5	4,75	0,5	0,25
12.12.2025	2	3,5 – 3,75	4	0	0,5

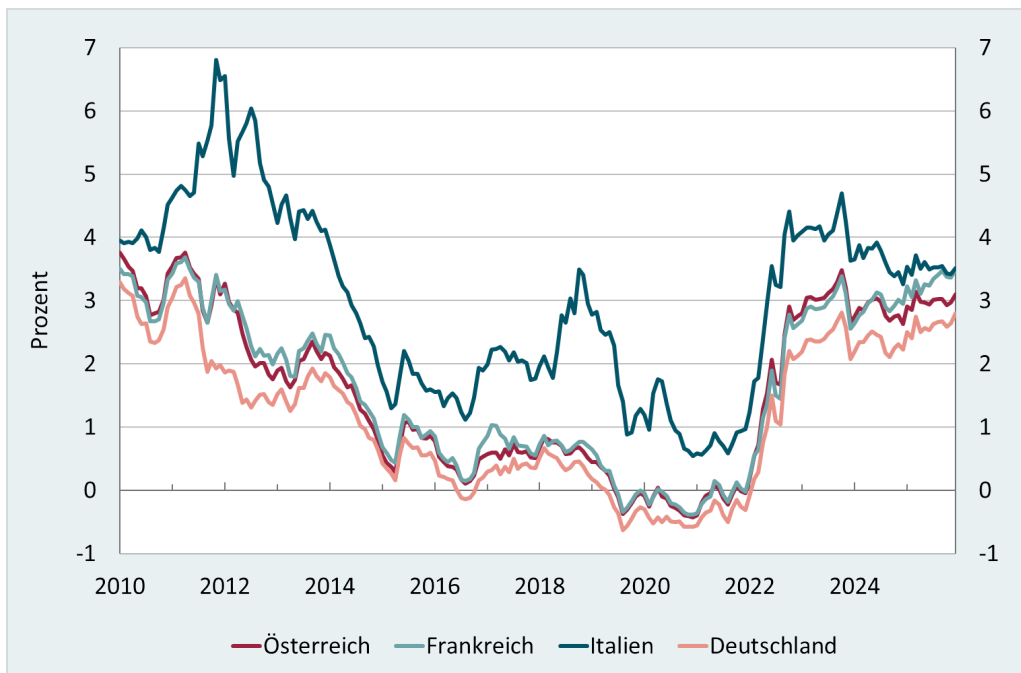
Quelle: Nationale Zentralbanken, LSEG Datastream

Im Euroraum wurden die Leitzinsen zuletzt im Juni gesenkt. Der Einlagesatz, der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte und der Spitzenrefinanzierungssatz liegen damit gegenwärtig bei 2 %, 2,15 % bzw. 2,4 %. Im Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) werden seit Juli 2023 fällige Beträge nicht mehr reinvestiert, im Pandemie-Notfallankaufprogramm (PEPP) gilt dies seit Jänner 2025. Aktuell betragen die Bestände in den beiden Ankaufprogrammen rund 3,8 Billionen Euro und dürften bei gleichbleibender Abbaugeschwindigkeit in rund 7,5 (APP) bzw. 8,5 (PEPP) Jahren vollständig abgebaut sein.

Die Geldmarktzinsen im Euroraum waren zuletzt im Einklang mit der Zinspolitik der EZB konstant und der 3-Monats-Euribor notierte im Durchschnitt des vierten Quartals bei 2,0 %. Damit hat er sich gegenüber dem Vorquartal nicht verändert und ist gegenüber dem Vorjahresquartal um rund 100 Basispunkte gesunken. Für den Prognosezeitraum erwartet das Institut durchschnittliche Jahreswerte von 2,4%, 2,1 % und 2,1 %.

Die Renditen von Staatsanleihen im Euroraum sind seit Oktober geringfügig gestiegen (Abbildung 17). Im vierten Quartal des ablaufenden Jahres notierten österreichische und deutsche Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren zu durchschnittlich 3,0 % bzw. 2,7 %. Dies bedeutet eine Konstanz der Renditen im Vergleich zum Vorquartal und einen Anstieg im Vergleich zum Vorjahresquartal um etwa 30 bzw. 40 Basispunkte. Für den Prognosezeitraum erwartet das Institut für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren durchschnittliche Renditen von 3,0 %, 3,2 % bzw. 3,2 %.

Abbildung 17: Renditen zehnjähriger Staatsanleihen



Quelle: LSEG Datastream

Im Durchschnitt des vierten Quartals 2025 betrug der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar 1,16 USD/EUR. Damit notierte der Euro gegenüber dem Vorquartal in etwa konstant und hat gegenüber dem Vorjahresquartal aufgewertet (um rund 9 %). Für die Jahre 2026 und 2027 erwartet das Institut einen durchschnittlichen Wechselkurs von jeweils 1,17 USD/EUR, nach 1,13 USD/EUR im Jahr 2025.

Die Prognose des Instituts zur Entwicklung der Einlagen und des vergebenen Kreditvolumens von in Österreich ansässigen monetären Finanzinstituten in den Jahren 2025, 2026 und 2027 fällt wie folgt aus. Die Einlagen inländischer Nichtbanken sollten um 3,7 %, 1,0 % bzw. 0,7 % steigen. Für das Kreditvolumen an inländische Nichtbanken prognostiziert das Institut eine Ausweitung um 1,2 %, 1,4 % bzw. 1,0 %.

4 Tabellenanhang

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	349,025 -6,3%	366,208 4,9%	385,730 5,3%	382,698 -0,8%	380,175 -0,7%	381,971 0,5%	385,835 1,0%	390,040 1,1%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	380,318 -3,9%	406,232 6,8%	449,382 10,6%	477,837 6,3%	494,088 3,4%	511,426 3,5%	528,199 3,3%	544,160 3,0%
DEFLATOR DES BIP (2010=100)	108,966 2,6%	110,929 1,8%	116,502 5,0%	124,860 7,2%	129,963 4,1%	133,891 3,0%	136,898 2,2%	139,514 1,9%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2015=100)	100,000 1,4%	102,800 2,8%	111,600 8,6%	120,300 7,8%	123,800 2,9%	128,257 3,6%	131,463 2,5%	133,961 1,9%
ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	52,713 1,8%	53,936 2,3%	56,554 4,9%	60,383 6,8%	64,710 7,2%	67,105 3,7%	68,447 2,0%	69,645 1,8%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE (IN 1000 PERSONEN)	3643,933 -2,0%	3734,366 2,5%	3844,570 3,0%	3889,419 1,2%	3897,774 0,2%	3904,400 0,2%	3923,922 0,5%	3947,465 0,6%
ARBEITSLOSENQUOTE NATIONALE DEF. <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	9,926 2,574	8,019 -1,907	6,300 -1,720	6,406 0,106	6,994 0,588	7,436 0,442	7,287 -0,149	7,136 -0,151

TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
PRIVATER KONSUM	173,878 -7,6%	182,427 4,9%	192,218 5,4%	191,778 -0,2%	193,660 1,0%	195,184 0,8%	196,762 0,8%	198,730 1,0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	71,267 -0,8%	76,777 7,7%	76,779 0,0%	77,278 0,6%	80,226 3,8%	82,432 2,8%	82,432 0,0%	82,638 0,2%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	87,900 -5,3%	93,152 6,0%	92,913 -0,3%	91,681 -1,3%	87,776 -4,3%	88,407 0,7%	89,786 1,6%	91,387 1,8%
LAGERVERÄNDERUNGEN <i>IN PROZENT DES BIP</i>	1,461 0,4	6,039 1,6	11,216 2,9	1,666 0,4	-2,919 -0,8	0,581 0,2	1,281 0,3	1,781 0,5
INLANDSNACHFRAGE	336,297 -5,7%	360,099 7,1%	374,133 3,9%	362,612 -3,1%	359,726 -0,8%	367,720 2,2%	371,385 1,0%	375,653 1,1%
AUSSENBEITRAG <i>IN PROZENT DES BIP</i>	12,587 3,6	5,416 1,5	11,113 2,9	19,242 5,0	19,411 5,1	13,201 3,5	13,375 3,5	13,288 3,4
BIP ZU MARKTPREISEN	349,025 -6,3%	366,208 4,9%	385,730 5,3%	382,698 -0,8%	380,175 -0,7%	381,971 0,5%	385,835 1,0%	390,040 1,1%

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMPONENTEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
PRIVATER KONSUM	-3,867	2,438	2,665	-0,117	0,507	0,410	0,422	0,522
ÖFFENTLICHER KONSUM	-0,161	1,648	0,001	0,133	0,785	0,594	0,000	0,054
BRUTTOINVESTITIONEN	-1,386	2,822	1,377	-3,027	-2,365	1,192	0,574	0,571
ANLAGEINVESTITIONEN	-1,336	1,502	-0,066	-0,334	-1,052	0,169	0,365	0,419
LAGERVERÄNDERUNGEN	-0,051	1,312	1,414	-2,476	-1,198	0,921	0,183	0,130
EXPORTE I.W.S.	-5,863	4,912	5,285	-0,386	-1,341	-0,885	0,664	1,101
WAREN	-2,920	4,535	2,321	-0,390	-1,846	-0,979	0,268	0,702
Dienstleistungen	-2,943	0,377	2,964	0,004	0,506	0,094	0,396	0,399
IMPORTE I.W.S.	5,008	-6,828	-3,818	2,702	1,463	-0,681	-0,642	-1,155
WAREN	2,472	-5,246	-1,300	3,214	2,136	-0,437	-0,317	-0,780
Dienstleistungen	2,536	-1,582	-2,517	-0,512	-0,673	-0,244	-0,324	-0,375
BRUTTOINLANDSPRODUKT	-6,318	4,923	5,331	-0,786	-0,659	0,472	1,012	1,090

TAB. 1/4: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
HAUSHALTSSPARQUOTE	13,6	11,3	9,1	8,6	11,7	10,4	9,7	9,2
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	6,3	-2,3	-2,2	-0,4	3,0	-1,2	-0,7	-0,5
INVESTITIONSQUOTE	25,1	25,9	25,2	24,7	23,5	23,4	23,5	23,7
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,1	0,7	-0,7	-0,5	-1,1	-0,1	0,1	0,2
REALZINSSATZ	-2,82	-1,81	-3,31	-4,09	-1,25	-0,03	0,92	1,31
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-1,40	1,01	-1,49	-0,79	2,85	1,21	0,96	0,38
HVPI - HARMONISIERTER VERBRAUCHERPREISINDEX	108,47 1,4%	111,46 2,8%	121,07 8,6%	130,40 7,7%	134,21 2,9%	139,04 3,6%	142,52 2,5%	145,23 1,9%
REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	48,604 0,7%	48,804 0,4%	47,512 -2,6%	46,901 -1,3%	48,756 4,0%	49,183 0,9%	48,943 -0,5%	48,823 -0,2%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	9,578 -4,4%	9,806 2,4%	10,033 2,3%	9,839 -1,9%	9,754 -0,9%	9,783 0,3%	9,833 0,5%	9,881 0,5%
LOHNSTÜCKKOSTEN GESAMTWIRTSCHAFT	143,467 6,4%	143,378 -0,1%	146,940 2,5%	159,978 8,9%	172,951 8,1%	178,811 3,4%	181,463 1,5%	183,744 1,3%
ARBEITSLOSENQUOTE EU DEF.-2021	6,1	6,2	4,8	5,1	5,2	5,6	5,5	5,4
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	1,3	0,1	-1,4	0,3	0,1	0,4	-0,1	-0,1
BUDGETSALDO MAASTRICHT (% DES BIP)	-8,2	-5,7	-3,4	-2,6	-4,7	-4,4	-4,2	-4,0
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-8,7	2,5	2,3	0,8	-2,1	0,3	0,2	0,2

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	181,205 -7,0%	193,307 6,7%	220,047 13,8%	236,917 7,7%	246,389 4,0%	255,314 3,6%	263,790 3,3%	271,757 3,0%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	7,395 3,1%	8,396 13,5%	8,916 6,2%	10,078 13,0%	11,211 11,2%	11,492 2,5%	11,839 3,0%	12,197 3,0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	81,044 3,9%	88,623 9,4%	92,284 4,1%	98,315 6,5%	106,712 8,5%	112,388 5,3%	113,512 1,0%	115,218 1,5%
BRUTTOINVESTITIONEN	97,563 -3,3%	112,351 15,2%	131,385 16,9%	124,257 -5,4%	116,492 -6,2%	123,275 5,8%	129,291 4,9%	135,141 4,5%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	50,370 -6,0%	54,908 9,0%	58,598 6,7%	63,058 7,6%	63,263 0,3%	67,115 6,1%	70,169 4,5%	73,004 4,0%
BAUINVESTITIONEN	45,220 -1,0%	50,162 10,9%	54,704 9,1%	54,908 0,4%	53,085 -3,3%	52,673 -0,8%	53,998 2,5%	55,904 3,5%
STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,264 -0,305	0,000 -0,264	0,008 0,008	-0,430 -0,438	0,780 1,210	0,789 0,009	0,800 0,012	0,812 0,012
INLANDSNACHFRAGE	367,471 -3,7%	402,677 9,6%	452,640 12,4%	469,138 3,6%	481,583 2,7%	503,257 4,5%	519,233 3,2%	535,125 3,1%
EXPORTE I.W.S.	196,484 -11,2%	227,303 15,7%	276,043 21,4%	279,472 1,2%	275,099 -1,6%	275,138 0,0%	281,625 2,4%	291,771 3,6%
IMPORTE I.W.S.	183,637 -11,3%	223,748 21,8%	279,301 24,8%	270,772 -3,1%	262,595 -3,0%	266,969 1,7%	272,659 2,1%	282,737 3,7%
BIP ZU MARKTPREISEN	380,318 -3,9%	406,232 6,8%	449,382 10,6%	477,837 6,3%	494,088 3,4%	511,426 3,5%	528,199 3,3%	544,160 3,0%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	167,079 -7,9%	174,915 4,7%	184,865 5,7%	184,019 -0,5%	185,643 0,9%	187,128 0,8%	188,626 0,8%	190,512 1,0%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	6,801 2,1%	7,513 10,5%	7,360 -2,0%	7,758 5,4%	8,015 3,3%	8,055 0,5%	8,135 1,0%	8,217 1,0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	71,267 -0,8%	76,777 7,7%	76,779 0,0%	77,278 0,6%	80,226 3,8%	82,432 2,8%	82,432 0,0%	82,638 0,3%
BRUTTOINVESTITIONEN	89,361 -5,4%	99,191 11,0%	104,129 5,0%	93,347 -10,4%	84,857 -9,1%	89,149 5,1%	91,271 2,4%	93,400 2,3%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	47,978 -6,9%	51,548 7,4%	52,289 1,4%	53,165 1,7%	51,658 -2,8%	53,208 3,0%	54,272 2,0%	55,358 2,0%
BAUINVESTITIONEN	39,881 -3,5%	41,612 4,3%	40,734 -2,1%	38,885 -4,5%	36,592 -5,9%	35,860 -2,0%	36,218 1,0%	36,762 1,5%
STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	1,931 -0,047	2,396 0,465	1,484 -0,912	1,053 -0,431	2,023 0,969	2,006 -0,017	1,996 -0,010	1,986 -0,010
INLANDSNACHFRAGE	336,297 -5,7%	360,099 7,1%	374,133 3,9%	362,612 -3,1%	359,726 -0,8%	367,720 2,2%	371,385 1,0%	375,653 1,1%
EXPORTE I.W.S.	193,238 -10,5%	211,611 9,5%	231,600 9,4%	230,142 -0,6%	224,868 -2,3%	221,291 -1,6%	224,023 1,2%	228,650 2,1%
IMPORTE I.W.S.	180,651 -9,6%	206,195 14,1%	220,487 6,9%	210,901 -4,3%	205,456 -2,6%	208,091 1,3%	210,649 1,2%	215,362 2,2%
BIP ZU MARKTPREISEN	349,025 -6,3%	366,208 4,9%	385,730 5,3%	382,698 -0,8%	380,175 -0,7%	381,971 0,5%	385,835 1,0%	390,040 1,1%

TAB. 4: PREISINDIZES (2015 = 100)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	108,455 1,0%	110,515 1,9%	119,031 7,7%	128,746 8,2%	132,722 3,1%	136,438 2,8%	139,849 2,5%	142,646 2,0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	113,720 4,7%	115,430 1,5%	120,194 4,1%	127,223 5,8%	133,014 4,6%	136,340 2,5%	137,703 1,0%	139,424 1,3%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	108,748 1,7%	112,794 3,7%	121,944 8,1%	128,670 5,5%	132,550 3,0%	135,497 2,2%	138,292 2,1%	141,058 2,0%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	104,985 1,0%	106,518 1,5%	112,065 5,2%	118,609 5,8%	122,464 3,2%	126,137 3,0%	129,291 2,5%	131,877 2,0%
BAUINVESTITIONEN	113,388 2,6%	120,547 6,3%	134,296 11,4%	141,208 5,1%	145,074 2,7%	146,887 1,3%	149,091 1,5%	152,073 2,0%
INLANDSNACHFRAGE	109,270 2,1%	111,824 2,3%	120,984 8,2%	129,377 6,9%	133,875 3,5%	136,859 2,2%	139,810 2,2%	142,452 1,9%
EXPORTE I.W.S.	101,680 -0,8%	107,415 5,6%	119,190 11,0%	121,434 1,9%	122,338 0,7%	124,333 1,6%	125,712 1,1%	127,606 1,5%
IMPORTE I.W.S.	101,653 -1,9%	108,513 6,7%	126,675 16,7%	128,388 1,4%	127,811 -0,4%	128,295 0,4%	129,438 0,9%	131,285 1,4%
BIP ZU MARKTPREISEN	108,966 2,6%	110,929 1,8%	116,502 5,0%	124,860 7,2%	129,963 4,1%	133,891 3,0%	136,898 2,2%	139,514 1,9%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
WARENEXPORTE	139,300 -8,7%	167,055 19,9%	197,629 18,3%	196,354 -0,6%	186,086 -5,2%	182,607 -1,9%	185,356 1,5%	191,427 3,3%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	46,800 -7,3%	52,511 12,2%	61,623 17,4%	63,021 2,3%	67,657 7,4%	70,383 4,0%	73,226 4,0%	76,371 4,3%
REISEVERKEHR	10,384 -42,9%	7,737 -25,5%	16,791 117,0%	20,097 19,7%	21,357 6,3%	22,148 3,7%	23,042 4,0%	23,973 4,0%
EXPORTE I.W.S.	196,484 -11,2%	227,303 15,7%	276,043 21,4%	279,472 1,2%	275,099 -1,6%	275,138 0,0%	281,625 2,4%	291,771 3,6%
WARENIMPORTE	134,774 -9,0%	167,225 24,1%	207,265 23,9%	193,687 -6,6%	180,038 -7,0%	180,376 0,2%	183,092 1,5%	189,552 3,5%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	45,361 -8,0%	50,888 12,2%	61,776 21,4%	65,115 5,4%	69,843 7,3%	73,372 5,1%	75,813 3,3%	78,875 4,0%
REISEVERKEHR	3,502 -63,7%	5,636 60,9%	10,260 82,1%	11,970 16,7%	12,714 6,2%	13,221 4,0%	13,755 4,0%	14,310 4,0%
IMPORTE I.W.S.	183,637 -11,3%	223,748 21,8%	279,301 24,8%	270,772 -3,1%	262,595 -3,0%	266,969 1,7%	272,659 2,1%	282,737 3,7%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
WARENEXPORTE	139,548 -7,6%	156,826 12,4%	165,677 5,6%	164,207 -0,9%	156,829 -4,5%	152,751 -2,6%	153,897 0,8%	156,975 2,0%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	44,084 -7,5%	48,138 9,2%	52,420 8,9%	51,291 -2,2%	53,129 3,6%	53,661 1,0%	54,868 2,3%	56,103 2,3%
REISEVERKEHR	9,782 -43,1%	7,080 -27,6%	13,824 95,3%	14,930 8,0%	15,048 0,8%	14,897 -1,0%	15,195 2,0%	15,499 2,0%
EXPORTE I.W.S.	193,238 -10,5%	211,611 9,5%	231,600 9,4%	230,142 -0,6%	224,868 -2,3%	221,291 -1,6%	224,023 1,2%	228,650 2,1%
WARENIMPORTE	133,705 -6,6%	153,499 14,8%	158,347 3,2%	147,312 -7,0%	139,550 -5,3%	141,224 1,2%	142,495 0,9%	145,701 2,3%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	43,601 -7,9%	47,432 8,8%	53,413 12,6%	54,374 1,8%	56,660 4,2%	57,509 1,5%	58,602 1,9%	59,921 2,3%
REISEVERKEHR	3,366 -63,7%	5,317 58,0%	8,911 67,6%	9,945 11,6%	10,343 4,0%	10,472 1,3%	10,681 2,0%	10,895 2,0%
IMPORTE I.W.S.	180,651 -9,6%	206,195 14,1%	220,487 6,9%	210,901 -4,3%	205,456 -2,6%	208,091 1,3%	210,649 1,2%	215,362 2,2%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2015 = 100)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
WARENEXPORTE	99,823 -1,2%	106,523 6,7%	119,285 12,0%	119,577 0,2%	118,655 -0,8%	119,545 0,8%	120,442 0,8%	121,947 1,3%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	106,160 0,3%	109,084 2,8%	117,557 7,8%	122,870 4,5%	127,343 3,6%	131,163 3,0%	133,459 1,8%	136,128 2,0%
REISEVERKEHR	106,160 0,3%	109,284 2,9%	121,469 11,2%	134,602 10,8%	141,927 5,4%	148,669 4,8%	151,642 2,0%	154,675 2,0%
EXPORTE I.W.S.	101,680 -0,8%	107,415 5,6%	119,190 11,0%	121,434 1,9%	122,338 0,7%	124,333 1,6%	125,712 1,1%	127,606 1,5%
WARENIMPORTE	100,799 -2,5%	108,942 8,1%	130,893 20,1%	131,481 0,4%	129,014 -1,9%	127,723 -1,0%	128,490 0,6%	130,096 1,3%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	104,036 -0,1%	107,287 3,1%	115,657 7,8%	119,755 3,5%	123,268 2,9%	127,582 3,5%	129,368 1,4%	131,632 1,8%
REISEVERKEHR	104,036 -0,1%	105,986 1,9%	115,135 8,6%	120,362 4,5%	122,931 2,1%	126,250 2,7%	128,775 2,0%	131,351 2,0%
IMPORTE I.W.S.	101,653 -1,9%	108,513 6,7%	126,675 16,7%	128,388 1,4%	127,811 -0,4%	128,295 0,4%	129,438 0,9%	131,285 1,4%
TERMS OF TRADE, GESAMT	100,026 1,2%	98,988 -1,0%	94,091 -4,9%	94,583 0,5%	95,718 1,2%	96,912 1,2%	97,122 0,2%	97,198 0,1%
TERMS OF TRADE, GÜTER	99,031 1,4%	97,779 -1,3%	91,132 -6,8%	90,947 -0,2%	91,971 1,1%	93,597 1,8%	93,737 0,1%	93,737 0,0%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
IMPORTQUOTE, GESAMT	48,285	55,079	62,152	56,666	53,147	52,201	51,621	51,958
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-4,026	6,794	7,073	-5,486	-3,519	-0,947	-0,580	0,338
IMPORTQUOTE, GÜTER	35,437	41,165	46,122	40,534	36,438	35,269	34,663	34,834
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-1,974	5,728	4,957	-5,588	-4,096	-1,169	-0,606	0,170
EXPORTQUOTE, GESAMT	51,663	55,954	61,427	58,487	55,678	53,798	53,318	53,619
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-4,233	4,291	5,473	-2,941	-2,808	-1,880	-0,480	0,301
EXPORTQUOTE, GÜTER	36,627	41,123	43,978	41,092	37,663	35,705	35,092	35,178
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-1,914	4,496	2,855	-2,886	-3,430	-1,957	-0,613	0,086

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5925,675 0,2%	5931,041 0,1%	5979,617 0,8%	6016,521 0,6%	6022,115 0,1%	6012,394 -0,2%	5999,795 -0,2%	5980,860 -0,3%
ERWERBSQUOTE	78,006 0,4%	78,212 0,3%	78,347 0,2%	78,727 0,5%	79,233 0,6%	79,756 0,7%	80,155 0,5%	80,716 0,7%
ERWERBSPERSONEN	4622,403 0,6%	4638,782 0,4%	4684,854 1,0%	4736,630 1,1%	4771,513 0,7%	4795,252 0,5%	4809,129 0,3%	4827,510 0,4%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3704,422 0,1%	3685,344 -0,5%	3665,132 -0,5%	3652,237 -0,4%	3645,822 -0,2%	3620,031 -0,7%	3595,714 -0,7%	3574,658 -0,6%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS- KRÄFTEANGEBOT	917,981 2,5%	953,438 3,9%	1019,722 7,0%	1084,393 6,3%	1125,691 3,8%	1175,221 4,4%	1213,416 3,3%	1252,852 3,3%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	495,600 -0,1%	502,100 1,3%	508,100 1,2%	509,600 0,3%	513,000 0,2%	511,974 -0,2%	512,998 0,2%	512,998 0,0%
UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	4126,803 0,7%	4136,682 0,2%	4176,754 1,0%	4227,030 1,2%	4258,513 0,7%	4283,278 0,6%	4296,131 0,3%	4314,512 0,4%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE	3643,933 -2,0%	3734,366 2,5%	3844,570 3,0%	3889,419 1,2%	3897,774 0,2%	3904,400 0,2%	3923,922 0,5%	3947,465 0,6%
KINDERGELDBEZIEHENDE UND PRÄSENZDIENSTLEISTENDE	73,231 -5,2%	70,575 -3,6%	69,063 -2,1%	66,838 -3,2%	62,889 -5,9%	60,373 -4,0%	59,166 -2,0%	59,166 0,0%
ARBEITSLOSE	409,639 35,9%	331,741 -19,0%	263,121 -20,7%	270,773 2,9%	297,851 10,0%	318,505 6,9%	313,044 -1,7%	307,880 -1,6%
ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	9,926 2,574	8,019 -1,907	6,300 -1,720	6,406 0,106	6,994 0,588	7,436 0,442	7,287 -0,149	7,136 -0,151

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
ARBEITNEHMERENTGELT LAUT VGR	192,084 -0,3%	201,416 4,9%	217,424 7,9%	234,855 8,0%	252,226 7,4%	262,003 3,9%	268,579 2,5%	274,919 2,4%
BRUTTOBETRIEBSÜBERSCHUSS/ SELBSTSTÄNDIGENEINKOMMEN	156,017 1,2%	166,607 6,8%	182,265 9,4%	188,533 3,4%	184,199 -2,3%	187,292 1,7%	194,071 3,6%	200,415 3,3%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	32,217 -34,0%	38,209 18,6%	49,693 30,1%	54,449 9,6%	57,662 5,9%	62,131 7,8%	65,549 5,5%	68,826 5,0%
BIP ZU MARKTPREISEN NOMINELL	380,318 -3,9%	406,232 6,8%	449,382 10,6%	477,837 6,3%	494,088 3,4%	511,426 3,5%	528,199 3,3%	544,160 3,0%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	4,185 -565,8%	6,700 60,1%	1,138 -83,0%	3,259 186,2%	-0,954 -129,3%	-1,573 65,0%	-1,605 2,0%	-1,637 2,0%
ABSCHREIBUNGEN LAUT VGR	79,778 3,9%	83,753 5,0%	91,922 9,8%	99,138 7,8%	103,476 3,8%	107,357 3,8%	110,846 3,3%	114,448 3,3%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	304,725 -4,2%	329,179 8,0%	358,598 8,9%	381,958 6,5%	389,658 2,0%	402,496 3,3%	415,748 3,3%	428,075 3,0%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-3,768 7,6%	-2,857 -24,2%	-2,774 -2,9%	-3,476 25,3%	-3,143 -9,6%	-3,457 10,0%	-3,561 3,0%	-3,774 6,0%
VERFÜGBARES NETTOEINKOMMEN DER VOLKSWIRTSCHAFT	300,957 -4,3%	326,322 8,4%	355,824 9,0%	378,482 6,4%	386,515 2,1%	399,039 3,2%	412,187 3,3%	424,300 2,9%

TAB. 11 : MONETÄRER BEREICH (JAHRES DURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
EINLAGEN VON INLÄNDISCHEN NICHTBANKEN	403,721 6,1%	425,328 5,4%	438,894 3,2%	437,649 -0,3%	452,587 2,9%	469,333 3,7%	474,026 1,0%	477,344 0,7%
KREDITVOLUMEN (FORDERUNGEN AN INLÄNDISCHE NICHTBANKEN)	380,664 4,3%	396,232 4,1%	423,029 6,8%	432,855 2,3%	435,438 0,5%	440,663 1,2%	446,832 1,4%	451,301 1,0%
EURIBOR 3M	-0,43	-0,55	0,35	3,43	3,57	2,18	2,08	2,13
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,07	-0,12	0,90	3,09	0,14	-1,39	-0,10	0,05
ÖSTERREICHISCHE BENCHMARKRENDITE 10J	-0,22	-0,09	1,72	3,08	2,84	2,99	3,17	3,22
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,28	0,14	1,80	1,36	-0,24	0,15	0,18	0,05

TAB. 12: WECHSELKURSE

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
USD/EUR	1,14 1,8%	1,18 3,5%	1,05 -11,0%	1,08 2,9%	1,08 0,0%	1,13 4,6%	1,17 3,5%	1,17 0,0%
GBP/EUR	0,89 1,1%	0,86 -3,4%	0,85 -1,2%	0,87 2,4%	0,85 -2,3%	0,86 1,2%	0,88 2,3%	0,87 -1,1%
YEN/EUR	121,81 -0,2%	129,85 6,6%	138,02 6,3%	152,00 10,1%	163,80 7,8%	168,82 3,1%	177,12 4,9%	173,65 -2,0%
CHF/EUR	1,07 -3,6%	1,08 0,9%	1,01 -6,5%	0,97 -4,0%	0,95 -2,1%	0,94 -1,1%	0,93 -1,1%	0,93 0,0%

TAB. 13: STATISTISCHE KOMPONENTEN DER BIP-VERÄNDERUNG

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
STATISTISCHER ÜBERHANG ¹	-0,6%	0,8%	2,9%	0,7%	-0,9%	0,2%	0,4%	0,4%
JAHRESVERLAUFSRATE ²	-5,1%	7,1%	3,2%	-2,3%	0,3%	0,8%	1,1%	0,9%
JAHRESVERÄNDERUNGSRATE ³	-6,3%	4,9%	5,3%	-0,8%	-0,7%	0,5%	1,0%	1,1%

1) Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum Quartalsdurchschnitt des Vorjahres

2) Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal in Relation zum vierten Quartal des Vorjahres

3) Jahresveränderungsrate des nicht saison- und kalenderbereinigten realen BIP (Ursprungswerte)